

impulse

Das Bulletin des Deutschen Jugendinstituts 2/2011

Präventiver Kinderschutz

Frühe Hilfen und ihre
möglichen negativen Folgen

Jugend und Web 2.0

Kontroversen
über das Internet

Folgen der Finanzkrise

Wenn junge Menschen
keinen Job finden



Mythos Prävention

Chancen und Grenzen präventiver Konzepte

DJI THEMA

Christian Lüders

04 Von der scheinbaren Selbstverständlichkeit präventiven Denkens

Nahezu alles kann zum Gegenstand präventiver Anstrengungen werden. Gerade deshalb sind Fragen hinsichtlich der Voraussetzung und Implikationen nötig.

Heinz Kindler, Alexandra Sann

07 Das kontrollierte Kind

Über die Nachteile und unbeabsichtigten Wirkungen, die Frühe Hilfen und Frühwarnsysteme haben können, wenn sie falsch verstanden werden.

Jens Pothmann

09 Versprechen mit vielen Unbekannten

Welche präventiven Effekte kann man von Hilfen zur Erziehung erwarten? Kritische Hinweise zur Bilanz des Forschungsstands

Bernd Holthusen, Sabrina Hoops

12 Zwischen Mogelpackung und Erfolgsmodell

Programme zur Prävention von Gewalt im Kindes- und Jugendalter haben sich etabliert. Worauf es bei der Weiterentwicklung ankommt.

Michaela Glaser, Frank Greuel, Susanne Johannson, Anna Verena Münch

15 Etablierte Praxis, neue Herausforderungen

Pädagogische Präventionsarbeit gegen Extremismus im Jugendalter galt in Deutschland bisher vor allem rechtsextremen Erscheinungsformen.

Hanna Permien

18 Gesundheit fördern, Krankheit verhindern

Präventionsprogramme können sehr erfolgreich sein. Doch sie sind nicht genug.



DJI DOSSIER

Bernd Holthusen, Sabrina Hoops, Christian Lüders, Diana Ziegler

22 Über die Notwendigkeit einer fachgerechten und reflektierten Prävention

Kritische Anmerkungen zum Diskurs

DJI SPEKTRUM

Maik-Carsten Begemann, Manfred Bröring, Erich Sass

26 Gutes böses Netz

Jugend und Web 2.0: Blick auf die Diskurse in Wissenschaft, Politik und Pädagogik

DJI FORUM

Interview mit Walter R. Heinz

30 »Wir müssen allen die Chance geben, gute Fachkräfte zu werden«

Für viele junge Menschen hat die Finanzkrise ganz persönliche Auswirkungen: Sie finden keinen Job.

DJI KOMPAKT

32 Mitteilungen aus dem Deutschen Jugendinstitut

35 Impressum

Liebe Leserinnen und Leser,

was soll Prävention nicht alles auf einmal leisten. Bisweilen kommt ihr fast schon der Status eines Heilversprechens zu. Mit ihr sollen auf jeden Fall immense Kosten gespart werden: Wenn man nur früh genug und an der richtigen Stelle anfängt, so die immer wieder zu hörende Argumentation, lassen sich Folgekosten in erheblichem Umfang einsparen. Zugleich wird Prävention aber auch als ein Wundermittel gehandelt, dem es auf elegante Weise zu gelingen scheint, die unvermeidlichen Spuren einer noch so sanften sozialen Kontrolle in ein unverdächtiges Gewand einer frühen Hilfe zu verwandeln. Und Prävention eröffnet schließlich – konsequent zu Ende gedacht – sogar die großartige Aussicht, soziale Probleme, Benachteiligungen und Hilfebedarfe erst gar nicht entstehen zu lassen.

Diesen verlockenden Perspektiven kann sich niemand ernsthaft entziehen – und das ist auch gut so. Endlich bewegen sich in der deutschen Sozial- und Bildungspolitik viele Maßnahmen in die richtige Richtung: weg von den Symptomen und ihrer Kurierung, hin zu den Ursachen, also näher an die Wurzeln und an die Entstehungsbedingungen von sozialen Problemen, schwierigen Lebensläufen und herkunftsabhängigen Benachteiligungen heran – das ist eine im Kern richtige Maxime.

So weit, so gut. Dennoch bleibt bei dem Hype, den Prävention im vergangenen Jahrzehnt erfahren hat, zuweilen das zwiespältige Unbehagen zurück, dass hier das Kind mit dem Bade ausgeschüttet

wird: Wo fängt Prävention an, und wo hört sie auf? Ihre Reichweite scheint bisweilen unermesslich. In der Folge entsteht häufig ein Generalverdacht gegenüber Eltern, Kindern, Institutionen. Gleichzeitig scheint es, dass das öffentliche Interesse daran, schwierige Problemlagen bearbeitet zu sehen, häufig das Anliegen überlagert, Menschen das Leben zu erleichtern oder gar zu verbessern. Mit anderen Worten: Die Grenzen einer präventiven Ausrichtung geraten allzu leicht aus dem Blick. Der richtige und wichtige Kern von Prävention: Problemlagen früh zu erkennen, Risiken kritisch einzuschätzen sowie spezifische, strukturelle Vorsorgemaßnahmen zu ergreifen, verschwimmt dabei zusehends. Unter der Hand wandelt sich das sozialpolitische Instrument der Prävention, der frühzeitigen, also rechtzeitigen Hilfe, Förderung und Unterstützung in einen regelrechten Präventionswahn, bei dem am Ende »alles Prävention – und ohne Prävention alles nichts ist«.

Unstrittig notwendig ist der zielgerichtete biografische Blick nach vorne, also auf den Anfang von entstehenden Disparitäten, Ungleichheiten und Benachteiligungen. Die Forschungen zu den ersten Lebensjahren und zur frühen Kindheit haben das in den letzten Jahren eindrucksvoll belegt. Das ist klug und sinnvoll – solange dieser Blick nicht mit der impliziten Erwartung verknüpft wird, damit sämtliche Wechselfälle des Lebens in den Griff zu bekommen. So werden beispielsweise Orte



THOMAS RAUSCHENBACH

und Gelegenheiten einer »zweiten Chance« im Sozial- und Bildungswesen und/oder personalintensive, auf den individuellen Hilfsbedarf abgestimmte Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe durch Präventionsmaßnahmen keineswegs obsolet. Zugespitzt formuliert: Es geht vor allem um das Augenmaß, Prävention konsequenter als bisher zu einer wichtigen Strukturmaxime des sozialen Handelns und der sozialen Dienste zu machen, allerdings ohne sie zu überschätzen, ohne sie zu verabsolutieren und ohne sie auch heillos zu überfordern. Zu diesem verbesserten, realistischen Verständnis von Prävention möchte dieses Heft einen Beitrag leisten. ✕

Thomas Rauschenbach
Direktor des Deutschen Jugendinstituts

Von der scheinbaren Selbstverständlichkeit präventiven Denkens



Nahezu alles kann zum Gegenstand präventiver Anstrengungen werden. Gerade deshalb müssen Fragen hinsichtlich der Voraussetzung und Implikationen gestellt werden.

Von Christian Lüders

Immer wieder wird behauptet, dass moderne Gesellschaften vor allem dadurch geprägt seien, dass viele Gewissheiten des Alltags zerbröseln würden. Zugleich scheint es aber auch Gewissheiten zu geben, denen das genaue Gegenteil widerfährt: Sie gewinnen über die Jahrzehnte immer mehr an Überzeugungskraft und in immer mehr gesellschaftlichen Teilbereichen an Gültigkeit. »Vorsorgen ist besser als heilen« ist so eine alltagsweltliche Gewissheit, die im wörtlichen wie im übertragenen Sinne heute niemand ernsthaft in Frage stellt und die in modernen Gesellschaften fast schon allgemeine Gültigkeit beanspruchen kann.

Es gibt zwei sichere Indikatoren, die dies belegen: Man nehme erstens einen Zettel und notiere Synonyme. Schnell wird sich der Zettel füllen mit Begriffen wie vorbeugen, verhindern,

vorbauen, verhüten, schützen, abwenden, sich versichern, zuvorkommen, abfangen, vereiteln, abwehren, ersparen, verunmöglichen, ablenken, nicht aufkommen oder entstehen lassen, unterbinden, abstellen, sich kümmern um, immunisieren und vielen anderen mehr. Unweigerlich würden dabei auch die Begriffe Prophylaxe und Prävention und ihre Verwandten fallen.

Mit diesem Reichtum an Begriffen ausgestattet, lohnt es sich zweitens, ausgewählte Wörter aus dieser Liste in eine beliebige Suchmaschine einzugeben und dann ein bisschen zu surfen. Schnell wird klar, Prävention und seine Verwandten sind nicht nur ein Thema der Medizin und der Versicherungswirtschaft, sondern tauchen in nahezu allen anderen gesellschaftlichen Teilbereichen nicht selten an zentraler Stelle auf. Neben ausdifferenzierten Handlungsfeldern und -stra-

tegien, die schon dem Namen nach vorrangig auf Prävention setzen, wie zum Beispiel der Suchtprävention, der Kriminalitätsprävention, dem Kinder- und Jugendschutz, der Schuldenprävention, der Krisenprävention und nicht zuletzt dem Präventionskrieg beziehungsweise Präventivschlag, finden sich überall im Alltag Hinweise auf die Überzeugungskraft des Präventionsgedankens. Egal, wo man hinsieht: Sich für eine bessere Prävention auszusprechen, schafft Zustimmung und Mehrheiten, auch weil damit die – im Übrigen nur selten belegte – Annahme verbunden ist, dass Prävention aussichtsreicher, nachhaltiger, fachlich angemessener und billiger sei als spätere Reaktionen.

Prävention, so kann man den Stand der Dinge zunächst zusammenfassen, ist ein für die Gegenwart unverzichtbarer Schlüsselbegriff. Es handelt sich dabei um eines jener aktuell selbstverständlichen Deutungsmuster, an Hand dessen die Menschen ihr Handeln ausrichten. Dabei ist Prävention hochgradig normativ aufgeladen. Ihr eilt der Ruf voraus, dass – um ein weiteres verbreitetes Sprachspiel zu nutzen – Vorsorge besser sei als Nachsorge. Angeboten wird eine klare Werthierarchie (»besser«), bei der nebenbei mitschwingt, dass erfolgreiche Prävention Leiden, Gefährdungen, Risiken und andere unerfreuliche Dinge zu verhindern vermag – alles Aspekte, deren Vorkommen niemand ernsthaft begrüßt. Damit wird eine eindeutige Wertung vorgenommen und die Welt zumindest an dieser Stelle geordnet. Kurzum: Wer also ein Glossar der Gegenwart erstellen möchte, kommt derzeit an Prävention nicht vorbei (vor allem Bröckling 2004).

Am Rande sei vermerkt, dass der Präventionsgedanke nicht zuletzt auch als Pate bei der Begründung vieler moderner Wissenschaften, dabei vor allem der Sozialwissenschaften, mitwirkte. Auguste Comtes Verständnis von »rationaler Voraussicht« (Comte 1994, S. 20 ff.) beziehungsweise seine Deutung des »wahren« Positivismus, der vor allem darin besteht, »zu sehen, um vorauszusehen« (a.a.O.), ist nur ein Beleg für viele.

Dass man mit Prävention auch Werbung machen kann, sei schließlich exemplarisch an dem sich epidemisch ausbreitenden neuen Angebot von »Präventionsreisen« gezeigt, also Reisen, die der Verbesserung der eigenen Gesundheit dienen und an deren Kosten unter bestimmten Bedingungen sich auch die Krankenkassen beteiligen – was wiederum selbst nur ein Hinweis auf die Mächtigkeit des Präventionsgedankens darstellt.

Vorsorge als Herrschaftstechnik

So sehr allerdings der Präventionsgedanke auch im Alltagsbewusstsein – und damit auch in Politik, Öffentlichkeit und Fachpraxis – verankert ist, so muss auch gesehen werden, dass es vor allem der moderne Staat war, der sich Prävention zur eigenen Aufgabe gemacht hat. Exemplarisch sichtbar wird dies am Beispiel gesundheitsbezogener Prävention. Historisch betrachtet erweist sich diese

von Beginn an als »ein Anliegen des Staates beziehungsweise moderner bürokratisch-rationaler Verwaltungsapparate. In der Tradition merkantilistischer und kameralistischer Bevölkerungspolitik entdeckten verschiedene europäische Staaten im Laufe des 19. Jahrhunderts den Vorsorgegedanken als Herr-

schaftstechnik, um ihre Bevölkerung – als ökonomische und militärische Ressource – möglichst effizient und nachhaltig zu mobilisieren. (...) Dabei war die Legitimität staatlicher Gesundheitsprävention oft besonders hoch. Dies wohl nicht zuletzt, weil der Staat prädestiniert war, den Schutz individuellen Lebens unmittelbar mit dem kollektiven Wohl zu verbinden« (Lengwiler/Madarász 2010, S. 15). Weil präventives Denken von Beginn an sich nicht auf die Gesundheitspolitik beschränkte, sondern viele andere gesellschaftliche Teilbereiche beeinflusste und nicht zuletzt die zentrale Begründung für moderne Sozialpolitik und das gesamte Versicherungswesen darstellte, konnte François Ewald moderne Staaten als Vorsorgestaaten charakterisieren (Ewald 1993).

Die offensichtliche Plausibilität und die Überzeugungskraft der Präventionsidee haben allerdings auch ihre Schattenseiten (Lüders 2011; Bröckling 2004, 2008). Allem voran enthalten sie eine nicht zu vernachlässigende Verführung, die mitunter die schiere Gedankenlosigkeit provoziert. Formulierungen wie »Gesundheitsprävention«, »Bewegungsprävention« oder »Klimaprävention« sind nur drei Beispiele für viele andere, die man wiederum ohne große Mühe mit Hilfe jeder Suchmaschine im Internet hundertfach entdecken kann. Neben solchem semantischen Unsinn (schließlich soll ja nicht Gesundheit oder Bewegung verhindert werden) ist der Präventionsbegriff davon bedroht, mittlerweile für fast jede Maßnahme als Begründung herhalten zu müssen. Wer immer (zusätzliche) sozialstaatliche Angebote, Leistungen oder Programme implementieren möchte, tut gut daran, den Präventionsnutzen zu betonen. ➤

Der Präventionsbegriff ist davon bedroht, für fast jede Maßnahme als Begründung herhalten zu müssen.

Wie weit dies geht, zeigt sich unter anderem daran, dass selbst die jüngere Bildungsdebatte seit der ersten PISA-Studie im Kern eine Präventionsdiskussion ist. Es geht nicht um Bildung und Kompetenzerwerb für sich genommen, sondern um konkrete gesellschaftliche Probleme, die vermieden werden sollen.

So begründet beispielsweise das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) das jüngst vorgestellte Programm »Bildungsketten« kurz und bündig wie folgt: »Die im September 2010 gestartete BMBF-»Bildungsketten«-Initiative hat die Vermeidung von Schulabbrüchen, die Verbesserung des Übergangs in duale Ausbildung und die Fachkräftesicherung zum Ziel. (...) Mit der neuen BMBF-Initiative »Bildungsketten« steuern wir dem drohenden Fachkräftemangel in Zusammenarbeit mit den Ländern und Sozialpartnern entgegen.« Das Überzeugende an derartigen Begründungen ist die konkrete Benennung des drohenden Problems; genau daraus bezieht der Präventionsdiskurs seine Kraft.

Ein höchst anspruchsvolles Versprechen

Mit Prävention werden üblicherweise all jene Aktivitäten bezeichnet, die darauf abzielen, jemandem oder etwas zuvorkommen (lat.: praevenire = zuvorkommen; vgl. zum Folgenden Lüders 2011; für den Bereich der Kriminalprävention: Holthusen, Hoops: Zwischen Mogelpackung und Erfolgsmodell, S. 12 ff. in diesem Heft). Wichtig dabei ist, dass das Zuvorkommen sich auf unerwünschte Ereignisse, Entwicklungen, Zustände beziehungsweise deren Auswirkungen bezieht. Da man auch positiven Ereignissen, Entwicklungen und Zuständen zuvorkommen kann, ist diese Bezugnahme auf Unerwünschtes wichtig. Die oben schon erwähnten verwandten Begriffe wie zum Beispiel Verhütung, Verhinderung, Vermeidung und ähnliche lassen diesen Aspekt des Unerwünschten, den man vermeiden möchte, deutlicher anklingen als der Begriff des Zuvorkommens. Vor diesem Hintergrund wird plausibel, warum die Diskussion um Prävention vor allem in jenen Zusammenhängen intensiv geführt wird, in denen es um die Vermeidung von Unerwünschtem geht wie zum Beispiel von Risiken beziehungsweise Gefährdungen, konkreter: wie etwa von Krankheiten, Gebrechen, Sucht, Kriminalität, Gewalt, Unfällen, Schulversagen, Missbrauch, Verwahrlosung und Verelendung.

Allerdings zeigt sich bei genauer Hinsicht, dass in den verschiedenen Praxisfeldern im Detail erkennbare Unterschiede sowohl in der Sache selbst als auch im Verständnis von Prävention existieren. Während es im Gesundheitsbereich, zum Beispiel in Form von Impfungen von allen Angehörigen einer Bevölkerungsgruppe, sinnvoll sein kann, universell präventiv vorzugehen, um die Zahl der Neuerkrankungen zu senken, wäre ein derartiger Ansatz in anderen Feldern eher problematisch. Übertragen auf die Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter beispielsweise würde ein in dieser Weise breit angelegtes Vorgehen implizit unterstellen, dass alle Angehörigen einer Bevölkerungsgruppe, etwa alle männlichen Zehnjährigen, potenzielle Gewalttäter seien, deren gewalttätiges Handeln man mit entsprechenden Angeboten zuvorkommen müsste.

Ein derartiger Verdacht wäre nicht nur objektiv falsch, sondern auch im hohen Maße stigmatisierend und unanständig – abgesehen davon, dass er nicht sehr einladend wirkt. Dagegen wären zum Beispiel Strategien sozialen Lernens ein deutlich freundlicheres Angebot – und auch in diesem Fall würde man nicht auf die Idee kommen, alle Zehnjährigen in entsprechende Angebote zu lotsen. Kurzum: Wer von Prävention redet, hat es mit einer Vielzahl von Konzepten und heterogenen Anforderungen in der Sache in den verschiedenen Praxisfeldern zu tun, zu denen es bislang feldübergreifend kaum Austausch gibt.

Schließlich sei an dieser Stelle angemerkt, aber nicht im Detail ausgeführt, dass Prävention aufgrund ihrer inneren Logik eine reichlich voraussetzungsvolle Aufgabe darstellt – anfangen bei der Definition dessen, was erwünscht beziehungsweise unerwünscht ist, bis hin zur Entwicklung umsetzbarer Strategien. Zudem ist sie mit einer Reihe von Ambivalenzen behaftet, unter anderem, da sie ihre Versprechen nicht uneingeschränkt halten kann – auch wenn diese gerne angesichts der Überzeugungskraft der Idee »Vorbeugen ist besser als Heilen« an den Rand gedrängt werden. So erscheint Prävention vor allem heutzutage nicht nur als ein »übergreifender Modus des Zukunftsmanagements zeitgenössischer Gesellschaften« (Bröckling 2008, S. 47), sondern als ein gesellschaftliches Deutungsmuster, das fast schon als alternativlos erscheint. Es wäre schon ein Fortschritt, wenn diese Ambivalenzen das Nachdenken und die Forschung über Prävention stärker als bisher prägen würden (siehe dazu: Holthusen, Hoops, Lüders, Ziegler: Über die Notwendigkeit einer fachgerechten und reflektierten Prävention, S. 22 ff. in diesem Heft). ✕

DER AUTOR

Dr. Christian Lüders leitet die Abteilung Jugend und Jugendhilfe am Deutschen Jugendinstitut. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen unter anderem die Adressaten, Institutionen und Verfahren der Kinder- und Jugendhilfe, Evaluation, Theorien pädagogischen Wissens sowie Wissenschaftsforschung.

Kontakt: lueders@dji.de

LITERATUR

- BRÖCKLING, ULRICH (2004): Prävention. In: Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lembke, Thomas (Hrsg.): Glossar der Gegenwart. Frankfurt am Main, S. 210–215
- Bröckling, Ulrich (2008): Vorbeugen ist besser.... Zur Soziologie der Prävention. In: Behemoth. A Journal on Civilisation 1, S. 35–48. Verfügbar über: <http://www.sozioologie.uni-halle.de/broeckling/docs/3-praevention-behemoth.pdf> [Zugriff: 02.10.2010]
- COMTE, AUGUSTE (1994): Rede über den Geist des Positivismus. Hamburg
- EWALD, FRANÇOIS (1993): Der Vorsorgestaat. Frankfurt am Main
- LENGWILER, MARTIN / MADARÁSZ, JEANNETTE (HRSG.; 2010): Präventionsgeschichte als Kulturgeschichte der Gesundheitspolitik. In: dies. (Hrsg.): Das präventive Selbst. Eine Kulturgeschichte moderner Gesundheitspolitik. Bielefeld, S. 11–28
- LÜDERS, CHRISTIAN (2011): Prävention. In: Kade, Jochen / Helsper, Werner / Lüders, Christian / Egloff, Birte / Radtke, Frank-Olaf / Thole, Werner (Hrsg.): Pädagogisches Wissen. Erziehungswissenschaft in Grundbegriffen. Stuttgart, S. 44–50

Das kontrollierte Kind

Gefahr erkannt – Gefahr gebannt? Über die Nachteile und unbeabsichtigten Wirkungen, die Frühe Hilfen und Frühwarnsysteme haben können, wenn sie falsch verstanden werden.

Von Heinz Kindler und Alexandra Sann

Von der »Fürsorglichen Belagerung« eines Heinrich Böll bis zum Roman »Corpus Delicti« von Julie Zeh finden sich in der Belletristik immer wieder negative Utopien, die schildern, wie aus einer an sich positiven Gefahrenvorbeugung und Prävention ein übermäßig einmischendes und irrationales System wird. Besteht diese Gefahr auch für den Ausbau präventiven Kinderschutzes, der in Deutschland unter den Überschriften »Frühe Hilfe« und »Frühwarnsysteme« diskutiert wird? Im ersten Moment ist vielleicht nicht leicht zu sehen, wie gut gemeinte Anstrengungen zur Verbesserung des Schutzes von Kindern überhaupt kritikwürdig sein können. Tatsächlich wurde im politischen Raum in den letzten Jahren wiederholt argumentiert, bereits ein einziges zusätzlich gerettetes Kind rechtfertige doch jede Anstrengung. Aber ist es wirklich so einfach? Zumindest drei mögliche negative Folgen könnten mit bestimmten Formen eines verstärkten präventiven Kinderschutzes verbunden sein: zum einen eine nicht zielführende Allokation von Ressourcen, die dann an anderer Stelle im Kinderschutzsystem fehlen; zum anderen eine unbeabsichtigte Stigmatisierung bestimmter Familien und schließlich eine schleichende Absenkung der Eingriffsschwelle, so dass immer mehr Kinder und Familien staatliche Zwangsinterventionen erleben.

Das erste Bedenken zielt vor allem auf Initiativen zur Verbesserung des Kinderschutzes, die gut klingen, aber tatsächlich wirkungslos sind, oder im Verhältnis zu anderen Ansätzen

deutlich weniger wirksam sind. Diese Kritik trifft nicht die Frühen Hilfen insgesamt, zumindest nicht, wenn internationale Befunde zugrunde gelegt werden (Reynolds u. a. 2009). Sie zeigen, dass niedrigschwellige, freiwillige, aber auf eine intensive Unterstützung besonders belasteter Familien fokussierte Hilfen die Rate früher Vernachlässigung und Misshandlung um etwa ein Drittel senken können. Dies ist ein enormes Potenzial zur Verbesserung des Kinderschutzes, wenn auch für Deutschland eine vergleichbar positive Wirkung bislang nicht belegt ist.

Hoher Aufwand, begrenzte Effekte

Problematisch erscheinen jedoch flächendeckende und daher teure, zugleich aber wenig fokussierte Maßnahmen. Zumindest die mittlerweile fast in allen Bundesländern eingerichteten Systeme zur Kontrolle der Teilnahme an den Kindervorsorgeuntersuchungen, den sogenannten U-Untersuchungen, zählen dazu (Nothhafft 2009). Der hessische Landkreistag hat etwa vorgerechnet, dass innerhalb eines Jahres vonseiten der hessischen Jugendämter fast 17.000 Arbeitsstunden aufgewendet werden mussten, um Mitteilungen über versäumte Kindervorsorgeuntersuchungen nachzugehen.

Dieser Aufwand und die damit verbundenen Kosten, haben jedoch – so zeigen Erhebungen in gleich mehreren Bundesländern übereinstimmend – nur sehr selten zum Bekanntwerden neuer Gefährdungsfälle geführt (zum Beispiel Schleswig-Holsteinischer Landtag Drucksache 17/382; Fink 2010). Die bestehenden Früherkennungsuntersuchungen beinhalten zudem weder ein Screening auf psychosoziale Risiken noch weisen sie eine gesicherte Aussagekraft beim Erkennen früher Regulations-, Verhaltens- und Interaktionsstörungen auf, die für die Genese von Vernachlässigung beziehungsweise Misshandlung besonders wichtig sind. Da darüber hinaus auch kaum Schulungen für Ärzte angeboten werden, wie Eltern für die Inanspruchnahme von Hilfen des Jugendamtes gewonnen werden können, noch solche Gespräche angemessen vergütet werden, dürften eventuelle präventive Kinderschutzeffekte verbindlicher Einladungssysteme sehr begrenzt sein. Möglicherweise wird nun mit der im Bundeskinderschutzgesetz geplanten Soll-Bestimmung, alle Eltern über Angebote der Jugendhilfe zu informieren, eine weitere teure, aber unfokussierte Maßnahme mit ungünstiger Kosten-/Nutzenbilanz im Hinblick auf den Kinderschutz eingeführt.

Die zweite Befürchtung, dass durch Prävention bestimmte Familien unbeabsichtigt stigmatisiert werden, gilt insbesondere für Vorgehensweisen, mit denen systematisch belastete Familien erkannt werden sollen, wie etwa Screenings in Ge-



burtskliniken. Teilweise wird allerdings auch das Konzept eines präventiven Kinderschutzes überhaupt in Frage gestellt, da damit – so der Gedankengang – Eltern unterstellt wird, sie würden potenziell ihre Kinder gefährden. Dies müsse abschreckend wirken, sei jedenfalls nicht Aufgabe einer Jugendhilfe, die Eltern stärken und wertschätzen wolle. Unter diesem Blickwinkel erscheinen vor allem universelle, das heißt an alle Familien gerichtete Angebote mit positiv formulierten Zielen statthaft und wünschenswert.

Diese Kritik hätte jedoch nur ihre Berechtigung, wenn sie sich auf empirisch belegte Annahmen stützen könnte. Sie würde ins Zynische umschlagen, wenn belastete Familien durch universelle Präventionsangebote de facto vergleichsweise weniger gut erreicht werden können oder Vernachlässigung beziehungsweise Misshandlung durch diesen Ansatz weniger gut verhindert werden könnten. Unwahrscheinlich ist dies nicht. Jedenfalls wendet sich international die Mehrzahl belegt wirksamer Programme Früher Hilfe an bestimmte Risikogruppen (Meysen u. a. 2008). Auch handelt es sich dabei um intensive und nachgehende Hilfen, die sich aufgrund der damit verbundenen Kosten nicht als universelle Programme eignen.

Für Deutschland fehlen bislang Studien, die die Wirkungen beider Vorgehensweisen miteinander vergleichen und die vorgetragene Kritik daher erhärten oder entkräften könnten. International deuten hohe Teilnahmequoten von über 90 Prozent bei freiwilligen Risikoscreenings in Geburtskliniken, wie etwa in den US-amerikanischen »Healthy Families«-Programmen, nicht gerade auf massive Stigmatisierungseffekte hin. Trotzdem ist es sinnvoll, immer wieder darauf hinzuweisen, dass vorhandene Risikoscreenings vor allem Familien mit erhöhtem Unterstützungsbedarf identifizieren können, von denen aber die große Mehrzahl auch ohne Hilfe niemals misshandeln oder vernachlässigen würde (Kindler 2010). Es wäre also tatsächlich völlig verfehlt, wenn frühe Screenings auf familiäre Belastungen von Eltern oder Fachkräften als Weg missverstanden würden, um potenziell misshandelnde Eltern zu erkennen.

Angst vor übermäßiger Überwachung

Der dritte Kritikansatz begreift schließlich Frühe Hilfen als Teil einer zunehmenden gesellschaftlichen Kontrolle junger Familien, die sich immer häufiger beziehungsweise in immer größerer Zahl staatliche Einmischungen gefallen lassen müssen. Tatsächlich ist unbestreitbar, dass die Zahlen für Inobhutnahmen sowie gerichtliche Eingriffe in das elterliche Sorgerecht auf hohem Niveau verharren beziehungsweise ansteigen. Hinzu kommt eine unbekannte Anzahl an Familien, die hinnehmen müssen, dass die Versorgung und Sicherheit des Kindes bei ihnen nach einem Gefährdungshinweis durch die Jugendhilfe überprüft wird. Darüber hinaus hat der Gesetzgeber neue Verbote und Pflichten für Eltern formuliert, wie etwa das Verbot von Körperstrafen in der Erziehung (§ 1631 Abs. 2 BGB) oder die Pflicht zur Nutzung der Kindervorsorgeuntersuchungen.

Eltern als Gesamtgruppe scheinen in bislang ausschnitthaft vorliegenden Untersuchungen der Entwicklung jedoch nicht ablehnend gegenüber zu stehen (zum Beispiel Busmann 2002). Unklar ist jedoch, welche Wahrnehmungen unter Eltern mit Anspruch auf Hilfen zur Erziehung beziehungsweise Zielgruppen für Frühe Hilfen vorherrschen. Örtlich berichtete sinkende Raten an Selbstmeldern bei Hilfen zur Erziehung könnten hier auf problematische Entwicklungen hinweisen.

Ein großes Problem dürften dabei die bei einem Teil der Fachkräfte im Bereich Früher Hilfen bestehenden Unklarheiten im Hinblick auf die Eingriffsschwelle, insbesondere auf den Begriff der Kindeswohlgefährdung darstellen. Ein ausgeweitetes und eher alltagsprachliches anstelle eines rechtlich fundierten Verständnisses von Gefährdung kann Unsicherheiten auf allen Seiten befördern und zu ungünstigen Interaktionen mit Familien führen. Indikator hierfür sind örtlich hohe Zahlen nicht gerechtfertigter Gefährdungsmeldungen. Tatsächlich hat der Gesetzgeber in den letzten Jahren aus gutem Grund die Eingriffsschwellen und -voraussetzungen nicht beziehungsweise kaum abgemildert. Vor jeder Art von Eingriff, auch bei einer Auflage, muss eine gegenwärtige Gefahr vorliegen, die ohne deutliche Verbesserung eine erhebliche Schädigung des Kindes mit ziemlicher Sicherheit erwarten lässt. Fachkräfte aus den Frühen Hilfen und der Jugendhilfe insgesamt hier mit mehr Falltraining und Handlungssicherheit auszustatten, wäre ein wichtiger Schritt, um Kontrollphantasien entgegen zu wirken. Hauptaufgabe von Frühen Hilfen und Jugendhilfe insgesamt bleibt es, die positive Freiheit von Eltern zu erhöhen, ihnen also mehr Mittel und Möglichkeiten an die Hand zu geben, um gute Ziele für ihre Kinder tatsächlich umsetzen zu können. x

DIE AUTOREN

Dr. Heinz Kindler arbeitet im Projekt »Sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Jungen in Institutionen« am Deutschen Jugendinstitut.

Alexandra Sann arbeitet im Nationalen Zentrum Frühe Hilfen am Deutschen Jugendinstitut. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören Prävention in Familien, frühkindliche Bildungsprozesse, Erziehungskompetenzen von Eltern.

Kontakt: kindler@dji.de, sann@dji.de

LITERATUR

- BUSSMANN, KAI (2002): Studie zu den Auswirkungen des Gesetzes zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung. Eltern-Studie. Halle
- FINK, THOMAS (2010): Kommunale Umsetzung der UTeilnahmeDatVO. Vortrag beim 2. Auswertungsgespräch. Düsseldorf
- KINDLER, HEINZ (2010): Risikoscreening als systematischer Zugang zu Frühen Hilfen. In: Bundesgesundheitsblatt, S. 1073–1079
- MEYSEN, THOMAS / SCHÖNECKER, LYDIA / KINDLER, HEINZ (2008): Frühe Hilfen und Kinderschutz. Weinheim/München
- NOTHHAFFT, SUSANNE (2009): Landesgesetzliche Regelungen im Bereich des Kinderschutzes bzw. der Gesundheitsvorsorge. Deutsches Jugendinstitut. München
- REYNOLDS, ARTHUR / MATHIESON, LINDSAY / TOPITZES, JAMES (2009): Do Early Childhood Interventions Prevent Child Maltreatment? In: Child Maltreatment, S. 182–206



Versprechen mit vielen Unbekannten

Nach einer beachtlichen Expansion der Hilfen zur Erziehung in den vergangenen 20 Jahren erreichten im Jahr 2009 vor allem ambulante Leistungen mehr als 950.000 junge Menschen. Doch was kann und was sollte man von der Inanspruchnahme dieser Hilfeformen mit Blick auf präventive Effekte erwarten? Können sie Heimerziehung und stationäre Unterbringung vermeiden? Kritische Hinweise zur Bilanz des Forschungsstands

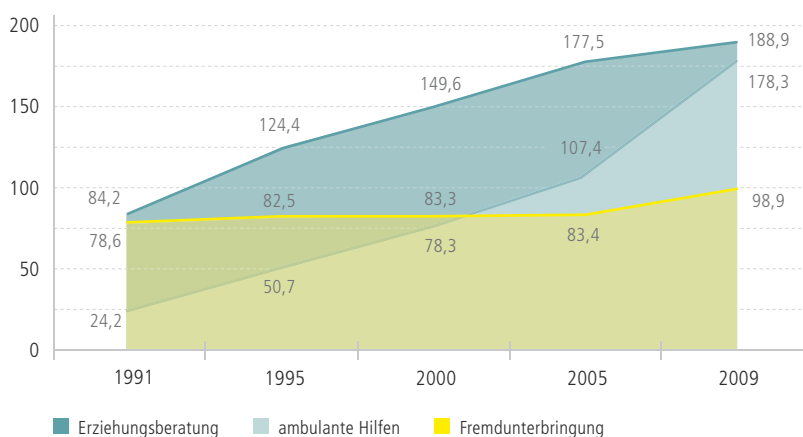
Von Jens Pothmann

Für die Hilfen zur Erziehung (HzE) ist für die vergangenen Jahrzehnte ein beachtlicher Expansions- und Ausdifferenzierungsprozess zu konstatieren (Rauschenbach 2010, S. 28). Nie zuvor haben so viele Familien personenbezogene staatliche Sozialleistungen zur Unterstützung der familiären Erziehung in Anspruch genommen wie zurzeit – überwiegend handelt es sich um Beratungsangebote und diverse andere ambulante Leistungen. Im Jahre 2009 lag die Zahl der Hilfen insgesamt bei etwa 834.500. Rund 954.400 junge Menschen wurden durch diese Leistungen erreicht; das entspricht fast sechs Prozent der Bevölkerung im Alter von unter 21 Jahren. Immerhin nicht ganz 6,6 Milliarden Euro wurden im besagten Jahr von den Kommunen für HzE aufgewendet. Das ist etwa jeder vierte Euro der Jugendhilfeausgaben insgesamt.

Beachtlich ist daneben der erreichte Grad der Ausdifferenzierung des HzE-Angebots. Das geht nicht zuletzt auch auf die in den 1980er-Jahren formulierten Ziele des Gesetzgebers für

die Reform des Kinder- und Jugendhilfrechts zurück. So bestand Einigkeit darüber, das Übergewicht der verschiedenen Formen familienersetzender Hilfen (Vollzeitpflege, Heimerziehung) abzubauen und dafür ein breites Spektrum an ambulanten und teilstationären Leistungen zu implementieren (Wiesner 2001). Die Anfang der 1990er-Jahre veränderte Rechtslage des SGB VIII und die Konzepte einer lebenswelt- und dienstleistungsorientierten Kinder- und Jugendhilfe haben die HzEs stärker in Richtung familienunterstützender und -ergänzender, also niedrigschwelliger Leistungsangebote verschoben (Rauschenbach 2010). Vollzogen hat sich zumindest auf den ersten Blick ein Umbau des Hilfesystems hin zu einer präventiven und familienunterstützenden Kinder- und Jugendhilfe. Wenn aber nun für die letzten Jahrzehnte sowohl eine Expansion als auch eine Ausdifferenzierung der Angebote sowie eine vermehrte Inanspruchnahme ambulanter Hilfen zu beobachten ist, könnte vielleicht besser von einem Anbau als von einem Umbau gesprochen werden. ➤

Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung



Die Angaben schließen die Hilfen für junge Volljährige mit ein. Unter »ambulanten Hilfen« werden hier familienunterstützende und -ergänzende Leistungen verstanden, ohne die gesondert ausgewiesenen Erziehungsberatungen. Dargestellt ist die Zahl der mit den Hilfen erreichten jungen Menschen. Die Kategorie der »Fremdunterbringung« fasst familienersetzende Hilfeformen im Rahmen von Vollzeitpflege und Heimerziehung zusammen. Nicht weiter ausgeführt werden können an dieser Stelle Hinweise zur Einschränkung der Aussagekraft des Zeitreihenvergleichs für den Zeitraum 2005 bis 2009 aufgrund einer Umstellung der KJH-Statistik (siehe auch www.akjstat.uni-dortmund.de >> Analysen). Darstellung nach Leistungssegmenten; Deutschland; 1991-2009; Angaben pro 10.000 der unter 21-Jährigen

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Teil I: Erzieherische Hilfen, verschiedene Jahrgänge

Ob nun Umbau oder Anbau oder vielleicht doch beides, ist an dieser Stelle nicht zu klären. Dafür hätte die Frage nach Wechselwirkungen oder auch systematischen Bezügen zwischen den institutionalisierten Angeboten der HzEs bis heute empirisch abschließend beantwortet werden müssen. Doch es ist nach wie vor offen, inwiefern die vermehrte Inanspruchnahme ambulanter Leistungen systematisch die Notwendigkeit einer stationären Unterbringung vermeidet, reduziert oder aber gar ein adäquater Ersatz sein kann.

Widersprüchliche Ergebnisse

Auch wenn die Kinder- und Jugendhilfeforschung auf diese Fragestellungen (immer noch) keine abschließenden Antworten gefunden hat, so liegen doch immerhin diverse Berechnungen und empirische Untersuchungen vor, allerdings mit zum Teil widersprüchlichen Ergebnissen.

Blickt man zunächst auf die Entwicklung der Inanspruchnahme von Leistungen der letzten knapp 20 Jahre zurück, so zeigen die Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistik (KJH-Statistik) eine deutliche Zunahme der Hilfen mit einem geringeren Interventionscharakter in Form von Erziehungsberatung sowie ambulanten Hilfen. Die Fallzahlen bei der Fremdunterbringung (Vollzeitpflege und Heimerziehung) bleiben dagegen im gleichen Zeitraum nahezu konstant beziehungsweise haben in den vergangenen Jahren sogar wieder zugenommen (siehe Abbildung). Gleichwohl liegt nach den zuletzt verfügbaren Daten die Inanspruchnahme ambulanter Leistungen deutlich über den Zahlen der Fremdunterbringung, so dass man diesbezüglich tatsächlich von einer veränderten Hilfekultur sprechen könnte. Zu weniger Fremdunterbringungen hat dies im Endeffekt allerdings nicht geführt.

Aus diesen Entwicklungsverläufen lassen sich zunächst einmal keine systematischen Bezüge zwischen den Hilfeformen

LEXIKON

Hilfen zur Erziehung

Die Hilfen zur Erziehung sind im Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) geregelt. Sorgeberechtigte haben darauf Anspruch, sofern die Hilfe für die Entwicklung des Kindes geeignet und notwendig ist und wenn eine dem Wohl des Kindes entsprechende Erziehung nicht mehr gewährleistet ist. Zu unterscheiden sind familienunterstützende Leistungen wie zum Beispiel Erziehungsberatung und die Zusammenarbeit mit einem Betreuungshelfer. Als familienersetzende Leistungen werden dagegen die Heimunterbringung von Kindern und die Vollzeitpflege in einer anderen Familie bezeichnet.

Kinder- und Jugendhilfestatistik (KJH-Statistik)

Die amtliche KJH-Statistik erfasst im Rahmen von zehn Teilerhebungen zum Beispiel zu der Kindertagesbetreuung, den Hilfen zur Erziehung, den Schutzmaßnahmen, aber auch zu den Beschäftigten und den Ausgaben die Strukturen und ausgewählte Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe. Sie hat zum Ziel, Fakten über die Kinder- und Jugendhilfe aufzuzeigen, um somit auch zur Weiterentwicklung der rechtlichen Grundlagen beizutragen. Die KJH-Statistik leistet auf diese Weise einen Beitrag zur empirischen Dauerbeobachtung des Feldes.

Die meisten Daten werden jährlich von den Statistischen Landesämtern und dem Statistischen Bundesamt erhoben. Die Standardtabellen sind hier komplett oder zumindest auszugsweise in der Regel kostenfrei über das Internet verfügbar. Die Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik (AKJStat) wertet die Ergebnisse der KJH-Statistik regelmäßig aus und veröffentlicht die Analysen in Beiträgen für Fachzeitschriften oder Sammelbänden sowie kostenfrei im Rahmen eines dreimal jährlich erscheinenden Informationsdienstes (KomDat Jugendhilfe) und auf der Internetseite des Forschungsprojektes: www.akjstat.uni-dortmund.de.

» Der Ausbau der ambulanten Hilfen ist nicht als kostengünstiger Ersatz für stationäre Unterbringungen gedacht. «

ableiten. Das heißt nicht, dass es die gesuchten Wechselwirkungen nicht gibt, es bedeutet aber, dass sie zumindest auf Basis dieser Daten nicht sichtbar werden. So schlussfolgerte bereits Bürger (2001) anhand einer Analyse amtlicher Daten für die 1990er-Jahre, dass bundesweit und hier insbesondere für die westdeutschen Länder keine Gleichzeitigkeiten zwischen der Entwicklung bei den Fremdunterbringungen und einer veränderten Nutzung der ambulanten Hilfen festzustellen sind. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen auch Untersuchungen des Deutschen Jugendinstituts (Pluto u. a. 2007, S. 252).

Auf der Grundlage eigener Datenerhebungen bei Jugendämtern werden für Baden-Württemberg oder auch Rheinland-Pfalz etwas andere Schlussfolgerungen aus den Daten gezogen. Basierend auf landesweiten Untersuchungen zur Gewährungspraxis und Inanspruchnahme von HzE wird davon ausgegangen, dass den ambulanten Hilfen zumindest eine »Bremswirkung« mit Blick auf eine verhinderte Zunahme bei den Fremdunterbringungen zugeschrieben werden kann (KVJS 2008; MASGFF 2010). Zweifellos könnten die vorliegenden Ergebnisse der KJH-Statistik in eine ähnliche Richtung interpretiert werden (siehe Abbildung).

Auf der Basis einer Befragung von fast 90 Jugendämtern in einem Teil Nordrhein-Westfalens wiederum kommt man zu einem anderen Ergebnis. In Jugendamtsbezirken mit einem hohen Anteil von sogenannten »Nicht-Heimhilfen« werden weniger Heimerziehungen gezählt, und zwar insbesondere für die unter 12-Jährigen (Stickdorn 2003). Ohne die Resultate hier näher kommentieren zu wollen, ist das Design der Untersuchung richtungsweisend für zukünftige Antwortversuche. Erstens sollten solche Untersuchungen die regionalen Disparitäten und damit die Jugendamtsergebnisse berücksichtigen. Zweitens sollten bei derartigen Berechnungen aber auch Angaben zu den jungen Menschen und deren Familien stärker beachtet werden. Und drittens erscheint es notwendig, die Untersuchung von Wechselwirkungen auf bestimmte Hilfeformen und -settings einzugrenzen (Pothmann/Rauschenbach 2010).

Vorsicht: Legitimationsfalle

Die vorliegenden Erkenntnisse sind mehr als unbefriedigend. Überfällig sind daher nicht nur weitere Untersuchungen zu Wechselwirkungen innerhalb der HzE-Angebote. Darüber hinaus müssen zudem die Wechselwirkungen zwischen HzE-Leistungen und den gewachsenen Strukturen für die Betreuung, Bildung, Erziehung und Förderung von jungen Menschen und deren Familien untersucht werden, etwa im Rahmen Früher Hilfen, der Kindertagesbetreuung, der Kinder- und Jugendarbeit oder auch den diversen Kooperationsformen zwischen Jugendhilfe und Schule. Daneben muss stärker als bisher auch die Ebene von Hilfeverläufen und -karrieren mit in den Blick genommen werden.

Ohne abgesicherte Erkenntnisse über Wechselwirkungen zwischen den unterschiedlichen Angebotsstrukturen bleiben Optionen für Qualitätsentwicklung und Steuerungsstrategien ungenutzt. Doch nicht nur das. Politik und Praxis geraten angesichts des Erkenntnisstands zudem in die Gefahr, die ambulanten Hilfen in eine Art Legitimationsfalle hineinzumaneuvrieren. Die bislang in der Regel einfach konstruierten Wirkungszusammenhänge und daraus resultierende Präventionsversprechen sind jugendhilfepolitisch zu kurz gegriffen und holen die Akteure fiskalisch mittelfristig wieder ein.

Fachpolitisch ist daher daran zu erinnern, dass der Ausbau der ambulanten Hilfen nicht als kostengünstiger Ersatz oder fiskalische Vermeidungsstrategie von stationären Unterbringungen gedacht ist, sondern in erster Linie als Ausdruck eines gesellschaftlich gewollten Paradigmenwechsels von einer fürsorglichen zu einer lebenswelt- und dienstleistungsorientierten Kinder- und Jugendhilfe zu verstehen ist. ✕

DER AUTOR

Dr. Jens Pothmann, Diplom-Pädagoge, ist Mitarbeiter der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik im Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut/Technische Universität Dortmund.

Kontakt: jpothmann@fk12.tu-dortmund.de, Telefon 0231/755-5420

LITERATUR

- BÜRGER, ULRICH: Können ambulante Hilfen Fremdunterbringung vermeiden? Eine Bilanz der Hilfen zur Erziehung im Zeitalter des KJHG. In: Rauschenbach, Thomas / Schilling, Matthias (Hrsg.): Kinder- und Jugendhilfereport 1. Münster, S. 191–219
- KOMMUNALVERBAND FÜR JUGEND UND SOZIALES BADEN-WÜRTTEMBERG (KVJS) (Hrsg.; 2008): Bericht zu Entwicklungen und Rahmenbedingungen der Inanspruchnahme erzieherischer Hilfen in Baden-Württemberg 2008. Stuttgart
- MINISTERIUM FÜR ARBEIT, SOZIALES, GESUNDHEIT, FAMILIE UND FRAUEN RHEINLAND-PFALZ (MASGFF) (Hrsg.; 2010): Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz, Mainz
- PLUTO, LIANE / GRAGERT, NICOLA / VAN SANTEN, ERIC / SECKINGER, MIKE (2007): Kinder- und Jugendhilfe im Wandel. München
- POTHMANN, JENS / RAUSCHENBACH, THOMAS (2010): Kann die amtliche Statistik Wirkungen beobachten? Möglichkeiten und Grenzen der Kinder- und Jugendhilfestatistik. Erscheint in: Bundesverband katholischer Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfen/Institut für Kinder und Jugendhilfe (Hrsg.): Wirkungsforschung im Sozialwesen
- RAUSCHENBACH, THOMAS (2010): Wo steht die Kinder- und Jugendhilfe? Zwischen Bedeutungszuwachs und Marginalisierung. In: Neue Praxis, Heft 1/2010, S. 25–38
- STICKDORN, JÖRG (2003): Der Umbau der Erziehungshilfen gelingt. Ein interkommunaler Vergleich. Weinheim u. a.
- WIESNER, REINHARD (2001): Rechtliche Grundlagen der Erziehungshilfe. In: Birtsch, Vera / Münstermann, Klaus / Trede, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch Erziehungshilfen. Münster, S. 329–352

Zwischen Mogelpackung und Erfolgsmodell

Programme zur Prävention von Gewalt im Kindes- und Jugendalter haben sich etabliert.

Worauf es bei der Weiterentwicklung fachlicher Strategien ankommt.

Von Bernd Holthusen und Sabrina Hoops



Regelmäßig erschüttern Berichte in den Medien über schwere Gewalttaten von Jugendlichen die Öffentlichkeit – seien es gewalttätige Fußballfans, S-Bahn-Schläger, Amokläufer oder auch »alltägliche« Formen von Mobbing und Bullying. In der öffentlichen Wahrnehmung scheinen die Gewalttaten von Kindern und Jugendlichen immer häufiger und schwerwiegender zu werden. Zwar lässt sich diese Wahrnehmung empirisch nicht untermauern, der (politische) Handlungsbedarf besteht aber trotzdem und mündet regelmäßig in Forderungen nach härteren Strafen einerseits und nach mehr Prävention andererseits.

Vieles weist auf eine erhöhte Sensibilisierung der Gesellschaft für Gewalt hin. Da mehr oder weniger allen Beteiligten klar ist, dass »Wegsperrern« auf die Dauer gerade in Bezug auf Jugendliche keine Lösung verspricht, wird alle Hoffnung auf

die Prävention gesetzt: Gewalttaten vorzubeugen, bevor sie eintreten, dagegen kann doch niemand ernsthaft etwas einwenden – oder?!

Die Entwicklung der Gewaltprävention

Entsprechend haben sich seit den 1990er-Jahren nicht nur die Kinder- und Jugendhilfe, sondern auch die Polizei und die Justiz Gewaltprävention auf ihre Fahnen geschrieben. Vielerorts fand ein regelrechter Boom von Präventionsprojekten statt, deren Initiierung geradezu euphorisch mit hohen Erwartungen verbunden wurde.

Aktuell gibt es eine breite Palette von Gewaltpräventionsprojekten in Deutschland wie auch in anderen europäischen Staaten. Dabei zeigt sich ein differenziertes Spektrum an Kon-

zepten, Strategien und praktischen Verfahren. Die Handlungsfelder für Gewaltprävention haben sich fortwährend ausgeweitet, beginnend bei der Prävention im Kontext der Gewalt in der Familie, in Kindertageseinrichtungen, Schulen, der Kinder- und Jugendhilfe, Polizei und Justiz. Auch die Kooperation zwischen den beteiligten Organisationen wurde als wichtige Aufgabe identifiziert, neue Kooperationen und Kooperationsformen wurden entwickelt und ausgebaut. So findet sich in Deutschland kaum ein größerer Ort, an dem nicht ein Runder Tisch, ein Präventionsrat oder ähnliches sich – zumindest vorübergehend – mit dem Thema Jugendgewalt auseinandergesetzt hat.

Vor diesem Hintergrund hat sich mittlerweile in Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Polizei und Justiz eine vielfältige Präventionslandschaft etabliert. Verbindender Grundgedanke ist die Überzeugung, dass Erziehung, Lernen und Kompetenzerwerb gewalttätiges Verhalten von Jugendlichen erfolgreicher vermindern oder verhindern als ausschließlich repressive, kontrollierende Maßnahmen oder Sanktionen.

Aktuelle Ansätze setzen daher bei den Kompetenzen der Jugendlichen unter Berücksichtigung der jeweiligen sozialen und kulturellen Kontexte an, also bei den Problemen, die die Jugendlichen haben, und nicht vorrangig bei denen, die sie machen. Leider sind diese Strategien nicht überall dort, wo einschlägiger Bedarf besteht, bekannt und nicht so weit verbreitet, wie es wünschenswert wäre. Hinzu kommt, dass Prävention vorrangig in Projekten organisiert wird. Dies hat zwar den Vorteil, dass innovative Impulse schnell aufgegriffen werden können. Gleichzeitig verweist die Projektform auf mangelnde finanzielle Absicherung und Kontinuität. Es ist nicht sichergestellt, dass Gewaltprävention dauerhaft in die Regelpraxis integriert wird. Sie bleibt abhängig von der »Konjunktur« des Themas Gewalt vor Ort.

Mit dem Ausbau der Gewaltprävention muss aber auch festgestellt werden, dass der Präventionsbegriff beinahe inflationär ausgeweitet wurde (siehe auch Lüders: Von der scheinbaren Selbstverständlichkeit präventiven Denkens, S. 4 ff. in diesem Heft). Scheinbar reicht es aus, in einem Antrag das Stichwort Gewaltprävention nur zu erwähnen und schon ist die Finanzierung sichergestellt. Nicht jede Sportveranstaltung, wie zum Beispiel das fast schon legendäre Basketball um Mitternacht, kann oder sollte aber per se als gewaltpräventives Projekt deklariert werden. In dem Sportangebot wird eben kein unmittelbarer Bezug zu dem zu vermeidenden Gewaltverhalten hergestellt, sondern ein mittelbarer Zusammenhang unterstellt.

Ebenso wenig haben Sprachkurse im Kindergarten für Kinder und Eltern mit Migrationshintergrund in erster Linie eine gewaltpräventive Zielsetzung. Vielmehr sind sie vorrangig Angebote zum Spracherwerb und damit auch zur gesellschaftlichen Integration. Verläuft diese erfolgreich, führt das natürlich dazu, dass es weniger Frustrationsanlässe gibt, was weniger Ausbrüche von Gewalt nach sich zieht. Dies wäre dann ein (zwar willkommener) Nebeneffekt, nicht aber die Hauptzielsetzung. Diese bleibt der Spracherwerb und aus diesem Grund sollte der Kurs auch finanziert und daran später auch die Zielerreichung bemessen werden.

Immer früher, immer mehr

Es liegt in der Logik von Prävention, dass es eigentlich keinen Misserfolg geben kann: Der Grund des Scheiterns wird dem Zeitpunkt angelastet, nicht der Strategie »Prävention« an sich. Im Fall des Scheiterns kam die Prävention eben zu spät, folglich hätte man nur frühzeitiger handeln müssen. Ein solches Verständnis von Prävention setzt eine Dynamik der Vorverlagerung und Entgrenzung präventiven Tuns in Gang. Dies hat zur Folge, dass man sich immer jüngeren und immer weniger spezifischen Gruppen von Kindern und Jugendlichen zuwendet.

Diese Entwicklung ist auch in Deutschland in den vergangenen Jahren zu beobachten. In dem Bemühen, dem Übel noch früher zu begegnen, haben sich eine Reihe von Ansätzen entwickelt, die eher unspezifisch auf den Abbau von Belastungs- und Risikofaktoren abzielen und daher vor allem universellen Charakter haben. Sie firmieren zwar unter dem Label Gewaltprävention, sind aber eher der allgemeinen oder universellen Prävention zurechenbar, da sie nicht nur Gewalt, sondern auch Sucht, Krankheit und anderen unerwünschten Entwicklungen vorbeugen sollen. Es liegt in der Logik dieses Denkens, wenn möglichst breite Zugänge – im Sinne eines »vorpräventiven Ansatzes« – favorisiert werden, um drohende Stigmatisierungseffekte zu vermeiden.

Um diese Entgrenzung des Präventionsbegriffs zu vermeiden, verwendet die Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention den Begriff Gewaltprävention bewusst nur in einem eng verstandenen Wortsinne: Es werden nur jene Programme, Strategien, Maßnahmen und Projekte als gewaltpräventiv bezeichnet, die vorrangig die Verhinderung beziehungsweise Reduktion von Gewalt zum Ziel haben.

Erfolgen auf der Spur

Auch über die unterschiedlichen Begriffsverständnisse und deren Implikationen hinaus sind mit Gewaltprävention eine Reihe von ungelösten Fragen und Herausforderungen verbunden. So wurde im Zuge der Entwicklung des Feldes und der Ausweitung der Aktivitäten immer häufiger die Frage gestellt, ob die in Aussicht gestellten Ziele auch tatsächlich erreicht werden. Das Ausbleiben rascher Erfolge führte zur Relativierung der anfangs sehr optimistischen Einschätzungen hinsichtlich der Reichweite und der Wirkung von gewaltpräventiven Ansätzen. Die in den Konzepten formulierten guten Absichten reichten als Argumente für eine (Weiter-)Finanzierung kaum mehr aus – Evaluation wurde der neue Schlüsselbegriff für die fachliche Weiterentwicklung in der Diskussion über Gewaltprävention. Evaluationen lagen bis dahin noch kaum vor, gleichzeitig wurde von den Projekten jedoch vermehrt gefordert, ihre Wirksamkeit unter Beweis stellen.

In der Folge zeigte sich aber schnell, dass der Gegenstand Gewaltprävention für eine Evaluation mit besonderen Schwierigkeiten verbunden ist. Zum einen stellt der Erfolg das Nicht-Eintreten eines Ereignisses dar, von dem man nicht weiß, ob es

ohne Prävention tatsächlich eingetreten wäre. Zum anderen hat die Evaluation von gewaltpräventiven Angeboten mit dem Problem zu kämpfen, dass üblicherweise nicht angegeben wird, zu welchem Zeitpunkt eine Veränderung des Verhaltens oder der Einstellung beobachtbar sein wird und wie stabil diese Veränderung sein wird. Hinzu kommt, dass das Feld der Gewaltprävention überwiegend von Settings geprägt ist, die nur wenig Standardisierung aufweisen, was Vergleichsgruppen-Untersuchungen deutlich erschwert. Stattdessen finden sich oft wenig formalisierte Praxiskonzepte, bei denen eine Unsicherheit darin besteht, ob ein beobachteter Effekt auch tatsächlich auf die Intervention zurückzuführen ist oder ob andere Faktoren ausschlaggebend waren. Um die Frage der Zurechenbarkeit methodisch in den Griff zu bekommen, gibt es erste Ansätze der Instrumentenentwicklung: Im Rahmen des an die Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention angedockten Projektmoduls »Logische Modelle« wird derzeit ein Instrument erprobt mit dem Ziel, Wirksamkeiten von Kriminalitätsprävention zu plausibilisieren.

Eine weitere zentrale Frage ist, inwieweit sich die wenigen bislang vorliegenden Evaluationsergebnisse von gewaltpräventiven Strategien auch auf andere Orte und Settings übertragen lassen. Häufig wird in der Argumentation auf amerikanische und andere internationale Evaluationsstudien zurückgegriffen. Dabei wird nicht systematisch auf die anderen Voraussetzungen in Deutschland eingegangen, die zudem auch innerhalb Deutschlands sehr disparat sind.

Risiken bedenken

Neben positiven Effekten kann Gewaltprävention aber auch negative Folgen haben: Jede personenbezogene Gewaltprävention arbeitet mit Zuschreibungen. Den Zielgruppen von Gewaltprävention wird zumindest mittelbar die Möglichkeit unterstellt, dass sie sich gewalttätig verhalten werden. Damit ist unvermeidlich das Risiko einer Stigmatisierung verknüpft, das wiederum ein Verhalten auslösen könnte, das genau vermieden werden sollte. Die Gewaltprävention hätte dann einen gegenteiligen nicht-intendierten Effekt.

Da jede Intervention auch (unerwünschte) Nebenwirkungen hat, bestehen weitere Gefahren. So können gewünschte Lernerfolge einer Maßnahme zwar bei allen Jugendlichen beobachtet werden, wie diese dann aber von den einzelnen Jugendlichen

dauerhaft umgesetzt werden, ist offen. Um ein Beispiel zu geben: Ein Boxtraining für männliche Gewalttäter soll ein attraktives Angebot sein, um Zugang zu den Jugendlichen zu finden, ihnen regelkonformes Verhalten nahezubringen und mit ihnen über Alternativen von Gewalt zu diskutieren. Hier ist es durchaus denkbar, dass gegenteilige Effekte erzielt werden und dass einzelne Jugendliche das Boxtraining nutzen, um ihre körperlichen Fähigkeiten zu entwickeln und dies dann in gewalttätigen Auseinandersetzungen einsetzen. Je nach Projektzuschnitt sind so eine ganze Reihe von möglichen nicht intendierten Effekten denkbar, die nur selten bedacht und kritisch reflektiert werden.

Chancen der Gewaltprävention

Auch wenn Gewaltprävention sich zwischenzeitlich in den verschiedenen Handlungsfeldern fest etabliert zu haben scheint: Häufig ist sie nur mittelfristig finanziert und steht gleichzeitig unter einem hohen Legitimationsdruck, Wirksamkeiten nachzuweisen.

Wie sich das Feld der Gewaltprävention weiter entwickeln wird, ist dabei durchaus offen. Deutlich erkennbar ist ein Trend zur Vorverlagerung und Entgrenzung präventiven Tuns und zur Übernahme von standardisierten Programmen. Wichtig ist aber, im Interesse der betroffenen Kinder und Jugendlichen, die fachlichen Strategien der Gewaltprävention sorgsam und mit Augenmaß weiterzuentwickeln. Und hier gibt es nach wie vor viel zu tun: einen Ausbau von jungenspezifischen Ansätzen, die Erreichbarkeit von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, opferbezogene Strategien, die Verstärkung der Partizipation in der Gewaltprävention, die (fallbezogene) Kooperation von Jugendhilfe mit der Justiz sowie der Kinder- und Jugendpsychiatrie – und vieles anderes mehr.

Vor dem Hintergrund auch der möglichen nicht-intendierten Effekte ist in der Gewaltprävention jedoch nicht nur ein zielgenaues Vorgehen gefordert, sondern immer auch ein sorgsames Abwägen der erwarteten positiven Effekte einerseits und der möglichen Risiken andererseits. Nicht vergessen werden darf: Neben der positiven Intention, die mit Prävention verbunden ist, geht mit jeglichen Präventionsbemühungen immer auch eine Ausweitung der staatlichen Intervention und Kontrolle einher. Gefragt ist hier ein Ausloten der Möglichkeiten, aber auch der Grenzen von (Gewalt-)Prävention unter der Prämisse einer freiheitlichen Gesellschaft. ✕

DIE AUTOREN

Bernd Holthusen, Diplom-Politologe, ist seit 1997 als wissenschaftlicher Referent in der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention des Deutschen Jugendinstituts tätig. Seine Forschungsschwerpunkte sind insbesondere Kooperation, Mehrfach- und Intensivtäter und Evaluation.

Dr. Sabrina Hoops, Diplom-Pädagogin, ist seit 1998 als wissenschaftliche Referentin in der Abteilung Jugend- und Jugendhilfe des Deutschen Jugendinstituts tätig. Nach verschiedenen empirischen Forschungsprojekten im Themenkontext Abweichendes Verhalten und (Evaluation) erzieherischer Hilfen ist sie seit 2008 Mitglied der Arbeitsstelle Kinder und Jugendkriminalitätsprävention.

Kontakt: jugendkriminalitaet@dji.de, holthusen@dji.de, hoops@dji.de

LINK-HINWEISE

➤ **Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention**

🔗 www.dji.de/jugendkriminalitaet

➤ Projektmodul der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention: **Das Logische Modell als Instrument der Evaluation in der Kriminalitätsprävention im Kindes- und Jugendalter**

🔗 www.dji.de/logmod

LITERATUR

➤ ARBEITSSTELLE KINDER- UND JUGENDKRIMINALITÄTSPRÄVENTION (Hrsg.; 2007): Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter. Eine Zwischenbilanz in sechs Handlungsfeldern. Band 11 der Veröffentlichungen der Arbeitsstelle. München



Etablierte Praxis, neue Herausforderungen

Pädagogische Präventionsarbeit gegen Extremismus im Jugendalter galt in Deutschland bisher vor allem rechtsextremen Erscheinungsformen. Es hat sich eine umfangreiche Projektpraxis etabliert. Neuerdings wird auch für die Bereiche »Linksextremismus« und »islamischer Extremismus« die Notwendigkeit pädagogisch-präventiver Arbeit diskutiert.

Von Michaela Glaser, Frank Greuel, Susanne Johansson und Anna Verena Münch

In der bundesdeutschen Rechtsextremismus-Prävention hat pädagogische Arbeit eine lange Tradition. Erste Ansätze wurden bereits in den 1950er-Jahren vor dem Hintergrund der historischen Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus entwickelt. Politik und Fachöffentlichkeit sind gegenüber Formen von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit nach wie vor besonders sensibel. Die entwickelten Ansätze sollen gegen rechtsextreme Orientierungen und Verhaltensweisen wirken beziehungsweise gegen einzelne Dimensionen des Rechtsextremismus wie Fremdenfeindlichkeit oder Antisemitismus. Dafür werden Angebote der Bildungs-, Jugend- und Sozialarbeit erarbeitet. Diese wenden sich zum Teil auch gegen Orientierungen und Verhaltensweisen, die zwar nicht als rechtsextrem gelten, von denen jedoch angenommen wird, dass sie entsprechende Anfälligkeiten befördern – wie Demokratieverdrossenheit und bestimmte Männlichkeitsbilder – oder mit Rechtsextremismus einhergehen, wie Gewaltorientierung.

Pädagogische Angebote setzen auf die Vermittlung von Wissen (zum Beispiel zum Nationalsozialismus oder zur Einwanderungsgesellschaft), auf Sensibilisierungsprozesse (etwa gegenüber Vorurteilen) oder den Erwerb von Kompetenzen (zum Beispiel

in den Bereichen Interkulturalität oder gewaltfreier Konfliktlösung), aber auch auf Anerkennungs- und Partizipationserfahrungen. In der Arbeit mit Jugendlichen, die bereits eine verfestigte rechtsextreme Einstellung haben, werden zum Teil auch umfassende sozialpädagogische Hilfen zur Lebensführung unterbreitet. Zielgruppen sind vor allem Jugendliche und mit diesen arbeitende Multiplikatoren, aber auch Kinder und Familien.

Wie in anderen Präventionsfeldern unterscheidet die Fachwelt auch in der pädagogischen Rechtsextremismusprävention nach dem Zeitpunkt der Intervention zwischen primärer, sekundärer und tertiärer Prävention. Dabei soll primäre Prävention bestehende oder erwünschte Haltungen bestärken, zum Beispiel in der Arbeit mit Schulklassen. Sekundäre und tertiäre Prävention soll entweder verhindern, dass sich problematische Erscheinungsformen verfestigen oder aber die Ablösung von diesen unterstützen, zum Beispiel in der Straßensozialarbeit mit rechtsorientierten Cliquen oder in Aussteigerprojekten. Ein Großteil der existierenden Angebote will entsprechenden Entwicklungen im Vorfeld vorbeugen und ist somit vorrangig im Bereich primärer Prävention angesiedelt. Dagegen gibt es vergleichsweise wenige Projekte, in denen gezielt mit Jugendli-

chen gearbeitet wird, die bereits entsprechende Auffälligkeiten zeigen. Seit einigen Jahren werden zudem verstärkt Maßnahmen gefördert, die darauf zielen, gesellschaftliche Gegenkräfte und -strukturen zu etablieren und zu stärken, und die auch die Opfer rechtsextremer Aktivitäten mit einbeziehen.

Stärken und Problemfelder pädagogischer Prävention

Von der pädagogischen Prävention zu unterscheiden sind generelle Fördermaßnahmen, etwa der Sozial-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik. Sie zielen darauf ab, strukturelle Risikofaktoren für Rechtsextremismus wie Armut und Arbeitslosigkeit zu reduzieren und folgen einer eher indirekten, langfristig ausgerichteten Präventionslogik. Im Vergleich dazu verfolgen repressive Maßnahmen (seitens Verfassungsschutz, Polizei, Justiz) eine sehr viel spezifischere Präventionsperspektive: Sie nehmen strafrechtlich relevante Handlungen in den Blick und setzen darauf, diese durch Kontrolle und strafrechtliche Sanktionierung zu vermeiden.

Pädagogische Ansätze haben hier eine Zwischenstellung: Sie sind direkter auf die Prävention von Rechtsextremismus ausgerichtet (oder sollten es zumindest sein) als generelle Fördermaßnahmen. Im Vergleich zu repressiven Ansätzen nehmen sie jedoch eine deutlich erweiterte Perspektive ein: Sie nehmen Einstellungen mit in den Blick und berücksichtigen Überzeugungen und Weltbilder, selbst wenn diese (noch) nicht mit entsprechenden Handlungen einhergehen oder zu Handlungen führen, die aus strafrechtlicher Perspektive legal sind (wie zum Beispiel die Wahl rechtsextremer Parteien).

Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass sich pädagogische Präventionsansätze weniger auf die Defizite von Individuen richten. Sie setzen vielmehr an ihren Kompetenzen und Ressourcen an und suchen diese zu erweitern. Somit folgen sie einer Präventionslogik, die darauf zielt, unerwünschte beziehungsweise als problematisch erachtete Orientierungen und Handlungen zu vermeiden und positive Entwicklungsprozesse zu fördern.

Darin liegt das besondere Potenzial pädagogischer Präventionsbestrebungen: Sie verbinden die Perspektive des Vermeidens mit einer genuinen Perspektive des Förderns, die die »Objekte« präventiver Arbeit als Subjekte in diesen Prozess mit einbezieht. Sie setzen auf die Entwicklungsmöglichkeiten des Einzelnen und erscheinen damit für die präventive Arbeit mit jungen, ihre Entwicklungspotenziale erst noch entfaltenden Menschen besonders angemessen.

Daraus resultiert allerdings, dass pädagogisch-präventive Maßnahmen in gewissem Maße unwägbar und begrenzt vorhersehbar sind. Als »persuasive Programme« (Stöss 2003), die stets in Interaktion mit den Zielgruppen erfolgen, hängen sie in hohem Maße von der Kooperation und den Voraussetzungen ab, die ihre Adressatinnen und Adressaten mitbringen. Das erschwert den Nachweis eindeutiger Wirkungszusammenhänge (auch Glaser/Schuster 2007). Hinzu kommt, dass zahlreiche – insbesondere primärpräventive – Ansätze nur auf einzelne Elemente des Rechtsextremismus abzielen, so zum Beispiel interkulturelles Lernen auf das Element der Fremdenfeindlichkeit. Es stellt sich also nicht nur die Frage, inwieweit und unter welchen Voraussetzungen zum Beispiel interreligiöses Lernen antisemitischen oder rassistischen Einstellungen vorbeugt, son-

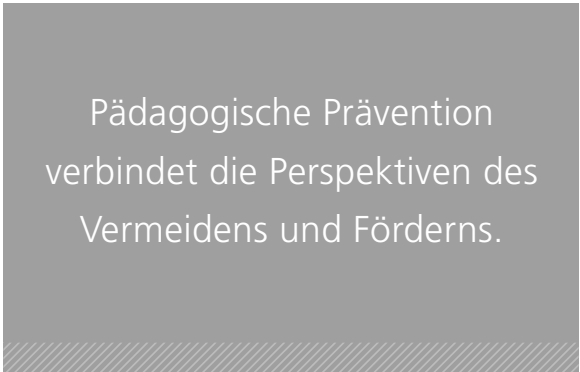
dern auch, welche Effekte das für die Prävention des Gesamtsyndroms Rechtsextremismus hat.

Solche Wirkungsnachweise gelten allerdings nicht nur in der Fachdebatte als Voraussetzung zielgerichteter Präventionsangebote, sondern sie werden auch von der Fördergeberseite zunehmend erwartet. Pädagogische Präventionsarbeit sieht sich deshalb vielfach mit einem Legitimationsproblem konfrontiert, das zu einem gewissen Grad in ihrem

Gegenstand und ihrer Logik wurzelt.

Ambivalent ist auch der bereits angesprochene erweiterte Problemfokus der Pädagogik, der Einstellungen, Weltbilder und Überzeugungen mit berücksichtigt. Generell haben Aktivitäten der Prävention immer auch normativen Charakter (Lüders 2011). Damit haben sie eine potenziell stigmatisierende Funktion. Das gilt für pädagogische Maßnahmen mit ihrem »entgrenzten« Problemverständnis umso mehr: Zum einen existiert auf der Ebene von Einstellungen keine allgemein geteilte und verbindliche Definition von Rechtsextremismus. Bestimmte Einstellungen als rechtsextrem zu problematisieren, ist strittig und damit auch der Bedarf und die Anlässe pädagogischer Prävention. Nicht zuletzt sind sie von der politischen Haltung der Definierenden abhängig. Zum anderen wird hier der Normierungsanspruch gegenüber den Subjekten – und damit die Gefahr von Stigmatisierungseffekten – noch weiter in den Bereich nicht strafrelevanten Verhaltens vorverlagert.

Trotz dieser Ambivalenzen gelten pädagogische Ansätze gerade in der Arbeit mit jungen Menschen inzwischen als ein etabliertes Instrument der Prävention gegen Rechtsextremismus. Sie werden seit mehreren Jahren gezielt von der Politik gefördert, so dass sich – auch im Vergleich mit europäischen Nachbarländern (Rieker u. a. 2006) – eine thematisch und methodisch sehr ausdifferenzierte, vielfältige Projektpraxis entwickelt hat, die fachlich vielfach auf hohem Niveau agiert.



Pädagogische Prävention
verbindet die Perspektiven des
Vermeidens und Förderns.

Allerdings wird ein Großteil der Angebote nur für kurze Zeit finanziert. Auch aus diesem Grund dominieren kurzzeitpädagogische Angebote. Das ist insofern kritisch, als Analysen zeigen, dass bei kurzzeitigen Maßnahmen wie eintägigen Projekttagen zwar positive Wirkungen erzielt werden können, sich die gemessenen Werte im Zeitverlauf jedoch wieder stark abschwächen und sogar dem Ausgangswert annähern können (Bischoff u. a. 2010). Es ist somit davon auszugehen, dass die aktuelle Dominanz kurzzeitpädagogischer Angebote mit einer deutlichen Nachhaltigkeitsproblematik verbunden ist.

Neue Herausforderungen

Aktuell wird in zwei weiteren Bereichen über die Notwendigkeit pädagogisch-präventiver Arbeit mit jungen Menschen diskutiert: Vor allem die Politik schließt von einem Anstieg an Gewalttaten, die dem linksextremen Spektrum zugeordnet werden, sowie von der wahrgenommenen Bedrohung durch islamischen Extremismus auf einen dringenden Handlungsbedarf, hier vorbeugend pädagogisch tätig zu werden. Seit vergangenen Sommer werden in einer Bundesinitiative entsprechende Modellprojekte gefördert.

Diese Erweiterung der Prävention um »Linksextremismus« und »islamischen Extremismus« ist im politischen und fachöffentlichen Diskurs allerdings umstritten. Strittig ist zum einen die Bewertung der angenommenen Gefährdungslage, insbesondere im Bereich des »Linksextremismus«. Problematisiert wird auch, dass nicht genügend differenziert wird zwischen zulässigen, durch die Verfassung geschützten, Formen radikaler Gesellschaftskritik und verfassungsfeindlichen Aussagen und Aktivitäten. Befürchtet wird außerdem, Vorurteilen gegenüber dem Islam und hier lebenden Muslimen Vorschub zu leisten. So fehlt aktuell, anders als zum Rechtsextremismus, ein breiter gesellschaftlicher Konsens zur Legitimität staatlicher Präventionsaktivitäten.

Eine weitere Schwierigkeit ist, dass es bisher zu wenig belastbare Erkenntnisse über die problematisierten Phänomene, ihre Ursachen und Verlaufsformen gibt, um Zielgruppen und Inhalte präventiven pädagogischen Handelns im Jugendalter präzise bestimmen zu können. Auch fehlen Erfahrungswerte zu pädagogischen Aktivitäten in diesen Bereichen.

Es erscheint daher unverzichtbar, mehr empirisches Wissen über die beiden neuen Handlungsfelder zu gewinnen, um auf dieser Basis die gesellschaftliche Auseinandersetzung zum Bedarf, zu Zielen und Ansätzen von Prävention zu führen. Für die pädagogische Praxis bedeutet das, dass sie aktuell nur experimentellen und explorativen Charakter haben kann. So kann sie zum Beispiel geeignete Zugänge zu möglichen Zielgruppen erkunden oder erproben, inwiefern Elemente der Prävention gegen Rechtsextremismus übertragbar sind. Solange ihr eine präzise Bestimmung ihres Gegenstandes fehlt, empfiehlt es sich jedoch, den Begriff der Prävention in diesen pädagogischen Zusammenhängen nur sehr zurückhaltend zu verwenden. ✕

DIE AUTOREN

Michaela Glaser ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit am Deutschen Jugendinstitut.

Dr. Frank Greuel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit am Deutschen Jugendinstitut sowie in der Evaluation der Bundesprogramme »Vielfalt tut gut«, »kompetent. für Demokratie« sowie »Toleranz fördern – Kompetenz stärken«.

Susanne Johansson ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Evaluation der Bundesprogramme »Vielfalt tut gut«, »kompetent. für Demokratie« sowie »Toleranz fördern – Kompetenz stärken«.

Anna Verena Münch ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit am Deutschen Jugendinstitut.

Kontakt: glaser@dji.de, greuel@dji.de, johansson@dji.de, muench@dji.de

DIE PROJEKTE

Die **Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit** am Deutschen Jugendinstitut erhebt, dokumentiert und bewertet Ansätze der Prävention und der pädagogischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Kindern und Jugendlichen. Dabei werden auch Erfahrungen aus dem europäischen Ausland einbezogen. Darüber hinaus fördert die Arbeits- und Forschungsstelle den fachlichen Austausch durch Workshops, Fachtagungen und themenbezogene Veröffentlichungen.

Die **Bundesprogramme »Vielfalt tut gut«, »kompetent. für Demokratie« sowie »Toleranz fördern – Kompetenz stärken«** sollen mit pädagogischen Modellprojekten, lokalen Aktionsplänen, Beratungsnetzwerken und mobiler Beratung Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus präventiv begegnen. Die Evaluation am Deutschen Jugendinstitut nimmt eine Gesamtanalyse und -bewertung dieser Programme vor. Dabei kommen unter anderem Experten- und Adressatenbefragungen sowie Beobachtungen zum Einsatz.

LITERATUR

- BISCHOFF, URSULA / GEHNE, CARSTEN / ZIMMERMANN, EVA (2010): Förderung von tolerantem und demokratischem Verhalten bei Kindern. Ergebnisflyer. Deutsches Jugendinstitut. Halle
- GLASER, MICHAELA / SCHUSTER, SILKE (2007): Evaluation präventiver Praxis gegen Rechtsextremismus. Besonderheiten und Herausforderungen. In: Dies. (Hrsg.): Evaluation präventiver Praxis gegen Rechtsextremismus. Positionen, Konzepte und Erfahrungen. Halle, S. 5–13
- LÜDERS, CHRISTIAN (2011): Prävention. In: Helsper, Werner / Kade, Jochen / Lüders, Christian / Egloff, Birte / Radtke, Frank-Olaf / Thole, Werner (Hrsg.): Erziehungswissenschaft – 30 Grundbegriffe (Grundriss der Pädagogik / Erziehungswissenschaft, Band 5). Stuttgart, S. 44–50
- RIEKER, PETER / GLASER, MICHAELA / SCHUSTER, SILKE (2006): Prevention of Right-Wing-Extremism, Xenophobia and Racism in European Perspective. Halle
- STÖSS, RICHARD (2003): Möglichkeiten und Grenzen der Evaluierung von persuasiven Programmen. In: Lynen von Berg, Heinz / Roth, Roland (Hrsg.): Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Aufgaben, Konzepte und Erfahrungen. Opladen, S. 95–102

Gesundheit fördern, Krankheit verhindern

Präventionsprogramme können sehr erfolgreich sein. Doch sie sind nicht genug. Um auch sozial benachteiligte Gruppen zu erreichen, müssen gesundheitsförderliche Lebensverhältnisse geschaffen werden. Über Paradigma und Dilemma der Prävention

Von Hanna Permien



Begreift man Gesundheit lediglich als »Abwesenheit von Krankheit« – und diese Vorstellung ist weit verbreitet –, so erscheint Prävention als die einzig logische Strategie zur Sicherung von Gesundheit. Denn Prävention ist an der Verhinderung oder zumindest Begrenzung und Linderung von Krankheiten, Störungen und ihren Folgen ausgerichtet und damit an der Pathogenese, der Entstehung von Krankheiten.

Präventionsprogramme können sehr erfolgreich sein: Sie haben wesentlich dazu beigetragen, etwa die Häufigkeit von Infektionskrankheiten zu reduzieren. Sie orientieren sich in der Regel an (von Experten) bestimmten Gesundheitsnormen (zum Beispiel »Mundgesundheit«, aber auch »Idealgewicht«) und arbeiten mit von Experten entwickelten Methoden, um ihre Ziele zu erreichen. Diese Programme gehen zudem nicht

selten von eher eindimensionalen Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen aus. Das Ziel ist ganz überwiegend – unter anderem durch Aufklärung –, einzelne Menschen zu mehr gesundheitsdienlichem Verhalten zu motivieren, etwa zum Zähneputzen. Für einen Teil der angestrebten Ziele reichen diese relativ schlichten Konzepte auch meist aus. Sie haben zudem den Vorteil, dass die Programme handhabbar und zumindest in ihren unmittelbaren Wirkungen überprüfbar bleiben. Dies dürfte auch die Akzeptanz der Programme fördern: So werden zum Beispiel Impfprogramme für Babies und Kleinkinder, die nachweislich sicher und dauerhaft ansteckende Krankheiten verhindern, meistens wahrgenommen. Dies liegt vor allem daran, dass sie in die üblichen Kontakte der Mütter mit dem Gesundheitssystem integriert sind.

Die Lebensbedingungen berücksichtigen

Doch die Reichweite von Prävention ist begrenzt. Sozial Benachteiligte haben viel mehr Gesundheitsprobleme als andere Bevölkerungsgruppen, und das gilt schon für Kinder. Auch wenn sie gesundheitliche Normen wie etwa »Mundgesundheit« voll akzeptieren, tun sie viel weniger für ihre Zähne als sozial Bessergestellte (RKI 2008). Hier zeigt sich – wie in vielen anderen Bereichen – das bekannte »Präventionsdilemma«: Breit angelegte Programme erreichen die Gruppen am wenigsten, die ihr »normverletzendes« Verhalten am dringendsten ändern sollten. Um dieses Dilemma zu überwinden, muss mehr gezielte Prävention betrieben werden. Neben der »Verhaltens-Prävention« ist zudem verstärkt Verhältnis-Prävention zu leisten, also eine (Um-)Gestaltung der Lebensbedingungen, so dass Gesundheitsrisiken reduziert und erwünschtes Verhalten begünstigt wird – etwa durch regelmäßiges, gesundes Schul-Frühstück mit anschließendem Zähneputzen.

Generell gilt jedoch: Präventionsprogramme haben zwar ihren (begrenzten) Sinn in der Reduktion von Krankheitsrisiken, aber sie reichen nicht aus, um Gesundheit zu fördern. Vielmehr muss Prävention ergänzt werden durch eine breit angelegte Gesundheitsförderung. Denn Gesundheit, so die Weltgesundheitsorganisation (WHO), ist weit mehr als Abwesenheit von (körperlicher) Krankheit: Sie umfasst körperliches, seelisches und

soziales Wohlbefinden. Damit wird auf den engen Zusammenhang dieser Aspekte untereinander verwiesen sowie auf die subjektive Seite von Gesundheit. Das heißt: Der Arzt mag entscheiden, dass ich »objektiv« gesund bin, aber es kommt auch darauf an, ob ich mich subjektiv wohl fühle und wie ich die körperlichen und psychosozialen Aspekte so in eine Balance bringe, dass sie mein Wohlbefinden steigern. So kann der (schädliche) Genuss von Zigaretten mir über Psychostress hinweghelfen, den ich gerade nicht anders bewältigen kann. Oder andersherum: Geht es mir in psychosozialer Hinsicht gut, kann ich mit Krankheit oder Behinderung besser umgehen. In der »Ottawa Charta« der WHO (1986) wird ausgeführt, dass die Menschen selbst in ihrem Alltag Gesundheit herstellen, indem sie für sich und andere sorgen und Kontrolle über ihre Lebensumstände ausüben können. Deshalb fordert die WHO ausdrücklich, »dass die Gesellschaft, in der man lebt, Bedingungen herstellt, die allen ihren Bürgern Gesundheit ermöglichen«.

Schutzfaktoren aktivieren

Der pathogenetische Ansatz der Prävention muss also ergänzt werden durch die Salutogenese. Diese fragt nicht danach, was krank machen könnte – sondern wie Menschen trotz unvermeidlicher (gesundheitlicher) Belastungen möglichst gesund bleiben, also ihr Wohlbefinden bewahren können. Gesunderhaltung in diesem Sinne braucht die Chance auf (auch oft »eigenwillige«) Selbstbestimmung und Partizipation und die (durch Gesellschaft und Politik explizit gewollte und unterstützte) Stärkung von persönlichen, sozialen und kulturellen Ressourcen, zusammengefasst unter Begriffen

wie »Handlungsbefähigung«. Sie soll zu »Lebenssouveränität« (Deutscher Bundestag 2009) und »Lebenskompetenzen« (BMG 2010) führen und schließt einen gekonnten Umgang mit Risiken ein. Zentral ist die Herstellung gesundheitsförderlicher Lebensverhältnisse für alle Menschen – und damit geht es um »Befähigungsgerechtigkeit« – gerade auch für sozial Benachteiligte (Deutscher Bundestag 2009).

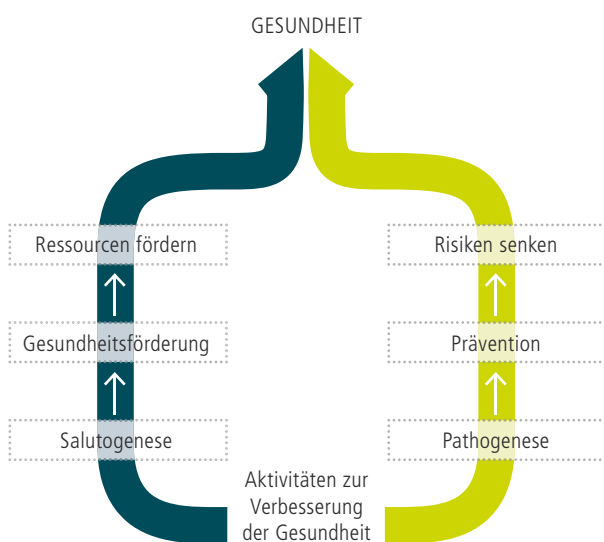
Wie dem Resilienz-Konzept, in dem es um die Stärkung der Widerstandskraft im Umgang mit Belastungen geht, liegt auch der Salutogenese die Erkenntnis zugrunde, dass (gesundheitliche) Risikofaktoren und Belastungen durch die

Die Reichweite von Prävention ist begrenzt. Sozial Benachteiligte haben viel mehr Gesundheitsprobleme als andere Bevölkerungsgruppen.



Prävention alleine reicht nicht

Programme zur Prävention von Krankheiten müssen durch Gesundheitsförderung ergänzt werden, die die verschiedenen Lebenswelten berücksichtigt. So erreichen zum Beispiel Angebote in Kindergärten und Schulen auch sozial benachteiligte Kinder.



Quelle: Hanna Permien, DJI 2011

Aktivierung vorhandener Ressourcen ausgeglichen werden können, die als »Schutzfaktoren« wirksam werden. So kann zum Beispiel ein Kind besser mit der Alkoholsucht seines Vaters umgehen und wird weniger eigene Störungen entwickeln, wenn es eine enge und förderliche Beziehung zu seiner Mutter hat.

Eine zentrale Strategie der Gesundheitsförderung ist der auf die Lebenswelt der Adressatinnen und Adressaten bezogene Setting-Ansatz. Ein »Setting« ist ein überschaubares sozial-räumliches System, in dem Menschen einen Großteil ihres Alltags verbringen und – unter Einbezug ihres sozialen Netzwerks und ihrer eigenen Bedürfnisse und Möglichkeiten – »unterstützt, befähigt und motiviert« werden können, ihre »gesundheitlichen Ressourcen in einer konkreten Situation tatsächlich zu nutzen« (BMG 2010, S. 26). Solche Settings sind zum Beispiel Familie, Kindertagesstätte, Schule oder der Stadtteil. Da die Angebote sowohl verhältnis- wie verhaltensbezogen sind, können sie auch sozial Benachteiligte gut erreichen. Dies ist besonders wichtig, da Präventionsprogramme von »Risikogruppen« oft nicht genutzt werden und lediglich die »Fitten noch fitter machen«.

Zudem zeigen sich schon bei Heranwachsenden in den letzten Jahrzehnten deutliche Veränderungen von akuten zu chronischen Erkrankungen und von somatischen hin zu psychosomatischen und psychosozialen Störungen und Verhaltensauffälligkeiten. Das umfassende bio-psycho-soziale Modell der WHO entspricht diesen »neuen Morbiditäten«, die die

Ergänzung von Prävention durch Gesundheitsförderung unbedingt verlangen. Denn diese Probleme haben oft viele und keineswegs eindeutige Ursachen. Der »soziale Gradient« – also die wesentlich stärkere gesundheitliche Belastung von niedrigen gegenüber höheren sozialen Statusgruppen, die sich bereits in frühem Alter zeigt – weist aber eindeutig auf die wichtige Rolle von Lebensstil, Lebensverhältnissen und subjektiv erlebter Lebensqualität für die Entstehung von Problemen. So werden zum Beispiel Kinder mit niedrigem Sozialstatus von ihren Eltern wesentlich häufiger als »verhaltensauffällig« eingestuft als Kinder aus bessergestellten Familien. Unklar ist, wie weit diese »Auffälligkeiten« auf persönliche Dispositionen zurückgehen und wie weit auf den (erhöhten) Stress der ärmeren Kinder in Familie, Schule und Freizeit. Zudem dürften die Bewertungen der Eltern auch die Erwartung und Erfahrung widerspiegeln, dass ihr Kind etwa den »fremden« Normen der Schule nicht entspricht.

Erkrankungen können weitreichende negative Auswirkungen haben

Weiter gilt: Verschiedene Beeinträchtigungen treten zusammen auf und verstärken sich gegenseitig, wie etwa Übergewicht, Bewegungsmangel, extensive Mediennutzung, depressive Verstimmungen und soziale Isolation. Besonders betroffen sind wiederum sozial benachteiligte Heranwachsende, vor allem solche mit Migrationshintergrund. Sie haben deutlich weniger Ressourcen, um aus diesen »Teufelskreisen« auszubrechen (RKI 2008). Zudem verlaufen viele dieser Störungen chronisch oder ziehen Folgeerkrankungen nach sich, haben also unter Umständen negative Auswirkungen auf das ganze weitere Leben und die Möglichkeiten der Lebensgestaltung.

Zu bedenken ist auch, dass starre Gesundheitsnormen und entsprechende Präventionsprogramme Probleme verstärken oder gar das eigentliche Problem sein können. So kann die Normierung eines (vermeintlichen) »Idealgewichts« und die damit verbundene Stigmatisierung der (in unteren Statusgruppen häufigeren) »Übergewichtigen« viel »krankheitsfördernder« wirken als das (moderate) Übergewicht: Und selbst wenn ein Präventionsprogramm einen (in verlorenen Kilos) messbaren »Erfolg« hat: Wie nachhaltig ist der Gewichtsverlust? Und war das Übergewicht möglicherweise eine Reaktion auf Probleme, die jetzt anders kompensiert werden müssen – etwa durch Rauchen?

Starre Gesundheitsnormen
und entsprechende
Präventionsprogramme können
Probleme verstärken.

Aus all dem folgt, dass sich viele Probleme nicht isoliert voneinander und nicht isoliert von anderen Menschen und den Lebensverhältnissen lösen lassen. Es kann also nicht um die (gar nicht so seltene) Aneinanderreihung segmentierter, isolierter Präventionsprogramme gehen, die sich mal auf Übergewicht und gesunde Ernährung, mal

auf Rauchen und Alkohol, mal auf Mundgesundheit oder Stressreduktion beziehen. Sie reduzieren den Menschen beziehungsweise seinen Körper quasi auf seine »Risikofaktoren«. Dies wird weder den neuen Morbiditäten noch den Menschen in ihrer lebensweltlichen Verankerung und ihrem Bedürfnis nach Selbstbestimmung gerecht noch ihren Problemen, die oft ganz woanders oder viel tiefer liegen.

Noch viel problematischer ist es, wenn das »Fördern und Fordern« des »aktivierenden Sozialstaats« auch auf Prävention bezogen und deren Scheitern allein dem Einzelnen angelastet und dieser dann »fallengelassen« wird – frei nach dem Motto von Herbert Achternbusch: »Du hast keine Chance – aber nutze sie!«.

DIE AUTORIN

Dr. Hanna Permien ist wissenschaftliche Referentin in der Abteilung Jugend und Jugendhilfe des Deutschen Jugendinstituts. Sie war Geschäftsführerin des 13. Kinder- und Jugendberichts zum Thema »Gesundheitsförderung und gesundheitsbezogene Prävention«.

Kontakt: permien@dji.de

LITERATUR

- BUNDESMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT (BMG) (2010): Nationales Gesundheitsziel. Gesund aufwachsen: Lebenskompetenz, Bewegung, Ernährung. Berlin (publikationen@bundesregierung.de)
- DEUTSCHER BUNDESTAG (2009): 13. Kinder- und Jugendbericht. Mehr Chancen für gesundes Aufwachsen – Gesundheitsbezogene Prävention und Gesundheitsförderung in der Kinder- und Jugendhilfe, Drucksache 16/12860. Berlin
- OTTAWA-CHARTA ZUR GESUNDHEITSFÖRDERUNG (1986): Weltgesundheitsorganisation (WHO). Verfügbar über: www.euro.who.int/de/who-we-are/policy-documents/ottawa-charter-for-health-promotion,-1986
- ROBERT KOCH INSTITUT (RKI) (2008): Lebensphasenspezifische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Berlin

Über die Notwendigkeit einer fachgerechten und reflektierten Prävention

Kritische Anmerkungen zum Diskurs

Von Bernd Holthusen, Sabrina Hoops, Christian Lüders und Diana Ziegleder

Prävention ist ein verlockendes Konzept, wenn im Umgang mit Unerwünschtem Handlungsfähigkeit demonstriert werden soll. Mit dem Präventionsversprechen wird gleichsam Sicherheit verkauft, unabhängig davon, ob dadurch neue Unsicherheiten erzeugt oder überhaupt Erfolge nachgewiesen werden (können). Zugleich zeigt bereits ein Blick auf die Beiträge in diesem Heft, dass der Begriff Prävention in unterschiedlichen Handlungsfeldern und nicht nur in der Sozialen Arbeit verwandt wird. Damit geht ein breites Spektrum an Varianten der Präventionsidee einher; eine einheitliche oder gar praxisfeldübergreifende verbindliche Definition gibt es nicht.

Vor diesem Hintergrund sollen im Folgenden Überlegungen – im Sinne einer offenen Liste ohne Anspruch auf Vollständigkeit – vorgestellt werden, deren Ziel es ist, einige mit der Präventi-

onslogik unvermeidlich verbundene Ambivalenzen und Herausforderungen zur Diskussion zu stellen sowie zur Reflexion der Fachpraxen anzuregen. Denn entgegen dem ersten Eindruck muss betont werden: Prävention ist mitnichten ein einfaches, sondern vielmehr ein sehr anspruchsvolles und voraussetzungsvolles Konzept.

Prävention setzt die Definition des Unerwünschten voraus

Wenn man Prävention als das frühzeitige Vermeiden unerwünschter Ereignisse, Entwicklungen und Zustände begreift, dann ist damit vorausgesetzt, dass diese und ihre Auswirkungen zuvor als unerwünscht definiert worden sind. Doch Standards, Kriterien und Werte sind sehr variabel und Entwicklungsprozessen unterworfen. In modernen, pluralistischen Gesellschaften

hängt die Definition von Unerwünschtem davon ab, wer etwas als unerwünscht definiert und für andere verbindlich durchsetzen kann – und aus welcher Perspektive und mit welchem Wissen dies geschieht.

Da es für die Definition von Risiken und Bedrohungen keine klar bestimmten Kriterien gibt, sind die Gegenstände präventiven Handelns im Prinzip unendlich: »Und da es nichts gibt, was nicht als Bedrohung wahrgenommen oder zur Bedrohung deklariert werden könnte, kann alles zur Zielscheibe präventiver Anstrengungen werden. Ob Karies oder Herzinfarkt, Drogenkonsum oder Jugendgewalt, ob körperliche Deformationen oder psychische Erkrankungen, ob Terroranschläge oder Entwicklung von Massenvernichtungsmitteln – überall lauern Risiken, drohen Krisen und tut folglich Vorbeugung Not« (Bröckling 2008, S. 39).

Diese Offenheit der Präventionsidee führt dazu, dass die jeweilige Definition von Problemen beziehungsweise Unerwünschtem und die ihnen zugrunde liegenden Kriterien in den Blick genommen werden müssen.

Wer definiert das Unerwünschte?

Nicht selten sind es die für Prävention verantwortlichen Akteure selbst, die sich »ihre« Gegenstände schaffen. Oft sind es Experten und Expertinnen, die – häufig ohne demokratische Legitimation – die Rolle der »Problemdefinierer« einnehmen und damit (indirekt) Normen setzen.

Es ist eine Schwäche der Präventionsdiskussion, dass dieser Umstand nur selten aufgegriffen wird und die zu vermeidenden Probleme häufig als fraglos gegeben vorausgesetzt werden. Aus dem Blick geraten dabei jene gesellschaftlichen Konstruktionsprozesse und Machtverhältnisse, die dafür verantwortlich sind, was in den jeweiligen Praxisfeldern als erwünscht und unerwünscht definiert und durchgesetzt wird. Weil Prävention immer auch einen (meist öffentlich veranlassten) Eingriff in das Leben der Betroffenen darstellt, bedarf es aber genau genommen eigentlich besonderer Begründung und Legitimation – gerade in Anbetracht der möglichen Nebenwirkungen.

Notwendige, aber ungewisse Zukunftsprognosen

Konstitutiv für Prävention ist ihre Zukunftsbezogenheit. Man zielt auf – wie auch immer definierte – zukünftig unerwünschte Zustände, Entwicklungen und Ereignisse beziehungsweise deren Auswirkungen, die mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit eintreten dürften, wenn man nichts dagegen unternimmt. Prävention bezieht sich also auf zukünftig Mögliches und versucht dabei, die unvermeidlichen Unsicherheiten moderner Existenzen zumindest partiell in den Griff zu bekommen. Daraus bezieht der Präventionsgedanke seine Attraktivität. Zugleich können aber Gefährdungs- und Risikoprognosen keine Garantie bieten,

dass das Unerwünschte in jedem Fall auch eintreten oder durch Prävention mit Sicherheit vermieden wird. Das macht jegliche Prävention zu einem fragilen Unternehmen mit – gemessen an den hohen Erwartungen – einem nicht geringen Risiko des Scheiterns. Wenn dann Prävention nicht erfolgreich ist, wird in der Folge häufig aber nicht das Konzept an sich in Frage gestellt, sondern

PRÄVENTION STELLT IMMER AUCH EINEN EINGRIFF IN DAS LEBEN DER BETROFFENEN DAR.

nur die Intensität und der Zeitpunkt, letztlich mit dem Ergebnis, dass früher und intensiver angesetzt werden müsse.

Hinzu kommt ein weiterer Aspekt, der unmittelbar mit der Präventionsidee verknüpft ist: Da das Ziel der Vermeidung des Unerwünschten für die unbegrenzte Zukunft gilt, besteht im engen Sinne kein Zeitpunkt der Zielerreichung. Damit wird Prävention gleichsam zur Daueraufgabe.

Wissen über Ursachen des Unerwünschten

Annahmen über zukünftige Entwicklungen sind nur dann möglich, wenn fundiertes Wissen über die drohenden Ereignisse, die bedingenden Faktoren und die entsprechenden Ansatzpunkte für Gegenstrategien vorliegt. Erst dieser Dreiklang an Informationen ermöglicht sinnvoll präventiv angelegtes Handeln. Daraus folgt auch, dass sich abzeichnende, zukünftige Probleme, für die das entsprechende Wissen fehlt beziehungsweise für die es keine entsprechenden praktischen »Hebel« gibt und damit keine Ansatzpunkte erkennbar sind, nicht Gegenstand präventiven Handelns werden können. Bei weitem nicht alle Bemühungen, die ein Präventionsetikett tragen, verfügen über diese Voraussetzungen.

Wissen um Handlungsstrategien

Prävention ist auf aussichtsreiche Strategien angewiesen. Dies betrifft auch und in besonderem Maße die überwiegend wenig standardisierten Ansätze der Sozialen Arbeit. In diesem Sinne kann sich Prävention nicht – wie etwa manche Bildungskonzepte – allein auf die Resultate offener Aneignungsprozesse durch die Subjekte verlassen. Stattdessen ist sie angewiesen auf umsetzbare Handlungsstrategien, die begründbar das eigene Handeln mit der Vermeidung von zukünftig Unerwünschtem verknüpfen – und dies trotz der jeglichem sozialen Handeln innewohnenden Ungewissheiten und der Einsicht, dass es keine präventiv wirksame Technologie im Bereich pädagogischer Praxis geben kann (auch Helsper/Hörster/Kade 2003).

Primäre Prävention – eine schwierige Konstruktion

Eine gängige Unterscheidung in vielen Handlungsfeldern ist die Einteilung in primäre, sekundäre und tertiäre Prävention. Primäre, oder auch unspezifische und generelle Prävention, bezeichnet dabei Konzepte, die nicht auf spezielle Risikokonstellationen oder -gruppen ausgerichtet sind, sondern einer nur auf den ersten Blick überzeugenden Logik eines möglichst frühzeitigen und flächendeckenden Interventions folgen. Mit dieser in den letzten zwei Jahrzehnten zu beobachtenden Vorverlagerung der Präventionsansätze geht das Problem einher, dass der Bezug zu dem, was verhindert werden soll, nur noch sehr mittelbar besteht. Die Konzepte, die unter diesem Label agieren, können von ihren Inhalten her vielfach besser als frühe Förderung, frühe Hilfe oder Gesundheitsförderung statt als primäre Prävention beschrieben werden. Durch die Verwendung des Präventionsbegriffs wird den betroffenen Personen per se eine mögliche negative Entwicklung unterstellt. Damit wird unseres Erachtens im Fall der primären Prävention mit einem ungerechtfertigten Generalverdacht gearbeitet.

Um ein Beispiel zu geben: Als primäre Gewaltprävention werden verschiedentlich Programme bezeichnet, die soziale Kompetenzen bereits im Kindergarten fördern. Es ist gut möglich, dass diese Programme früher oder später zu gewaltpräventiven Effekten führen können. Vorrangig geht es aber darum, in der Kindergartengruppe die Entwicklung sozialer Kompetenzen zu fördern. Wenn dies als Gewaltprävention bezeichnet wird, unterstellt man damit, im Sinne eines Generalverdachts, indirekt allen Kindern dieser Gruppe, zumindest potenzielle Gewalttäter zu sein. Hier zeigt sich die Notwendigkeit, nur dann von Prävention zu sprechen, wenn der Zusammenhang von Handeln und den zu vermeidenden Problemen plausibel herstellbar und zentral im Handlungsansatz ist. Streng genommen befindet man sich dann aber im Bereich der sekundären Prävention, da hier bereits spezifische Problemlagen fokussiert werden.

Das Risiko der Stigmatisierung

Prävention basiert auf der Logik des Verdachts – dies widerspricht der Unschuldsumutung und ist aus pädagogischer Perspektive defizit- und nicht ressourcenorientiert. Mit einer Verdachtslogik besteht das erhebliche Risiko, Personen zu stigmatisieren. Über (gesellschaftliche) Zuschreibung und Selektion werden bestimmte Bevölkerungsgruppen in den Blick genommen und zum Beispiel als gesundheitsgefährdet, kriminell et cetera etikettiert. Diese Stigmatisierung und die entsprechende Reaktion darauf kann zu einer unerwünschten Rollenübernahme führen (self-fulfilling prophecy). Es ist deshalb bei der Festlegung des Präventionsgegenstandes wichtig, den Prozess der Definition und die damit verbundenen Normen in den Blick zu nehmen. Zwischen möglichen Nutzen und Risiken muss kritisch abgewogen werden.

Prävention als Aufgabe für das Individuum – bis hin zum »präventiven Selbst«

Jüngere Studien zum Wandel des Sozialstaates zeigen, dass Prävention zunehmend als Aufgabe für alle und nicht mehr als staatliche Aufgabe definiert wird. In diesem Kontext wird vom Wandel des Vorsorgestaates hin zum »akti-

PRÄVENTION BASIERT AUF DER LOGIK DES VERDACHTS.

vierenden Staat« gesprochen, »der seine Bürger und Bürgerinnen aus der fürsorglichen Belagerung in die Freiheit der Selbstsorge entlässt und ihnen zumutet, ihre Lebensrisiken eigenverantwortlich zu managen. Prävention wird wichtiger denn je, aber sie wird zunehmend zur Sache der Individuen, die gehalten sind, sich selbst ökonomisch zu regieren« (Bröckling 2004, S. 214). Prävention wird so zu einer Strategie der Erzeugung des »unternehmerischen Selbst« (Bröckling 2007), das seine gesellschaftliche Entsprechung im Wandel des Sozialstaates hin zu einem aktivierenden Investitionsstaat besitzt (ausführlich Lessenich 2008). In der Figur des präventiven Selbst findet dieser Wandel seinen zugespitzten Ausdruck (Lengwiler/Madarász 2010).

Die Forderung, Wirksamkeit nachzuweisen

Einhergehend mit der Ausweitung und Etablierung von präventiven Konzepten mehrten sich die Forderungen, dass diese nicht nur ihre guten Intentionen, sondern vor allem auch ihre Wirksamkeit belegen sollen. Verlässliche Wirkungs-

analysen finden sich aber bei weitem nicht in allen Handlungsfeldern. Während im medizinischen Bereich seit vielen Jahren ein systematischer Blick auf Wirkungen und Nebenwirkungen erfolgt, die kritisch bilanziert werden, ist die Situation im pädagogischen Bereich eine gänzlich andere. Fragen der Evaluation stehen dort erst am Anfang und fehlen an vielen Stellen.

Hinzu kommen methodologische Probleme, Wirksamkeiten nachzuweisen. Ein zentrales, methodisch nur schwer zu lösendes Problem stellt dabei die Zurechenbarkeit von beobachteten Phänomenen dar: Diese können erst dann als Effekte verstanden werden, wenn es gelingt, sie in einen nachvollziehbaren Verursachungszusammenhang mit bestimmten Momenten der Praxis zu bringen. Darüber hinaus stellt sich die Frage der Übertragbarkeit. Dabei können zumindest drei Ebenen unterschieden werden: die Rede ist (a) von der Übertragung der Ergebnisse modellhafter Erprobungen in die Projektpraxis, (b) von dem Transfer projektförmig organisierter Prävention in die Regelpraxis (dies ist vor allem für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe bedeutsam) und (c) von der Übertragung bewährter Praxis (-strategien) in andere Kontexte. Ein blinder Fleck in der gesamten Diskussion – abgesehen vom Gesundheitsbereich – stellen die nicht-intendierten (Neben-)Wirkungen von Prävention dar. Probleme der Beobachtbarkeit und der Zurechenbarkeit von Nebenwirkungen finden sich analog zu den intendierten Effekten beziehungsweise sind möglicherweise methodisch noch schwieriger in den Griff zu bekommen. Soll aber im Sinne einer Evaluation ein Präventionsansatz bewertet werden, so ist es streng genommen notwendig, alle Effekte (intendierte und nicht-intendierte) in den Blick zu nehmen und diese kritisch abzuwägen.

Prävention – eine anspruchsvolle und herausfordernde Aufgabe

Moderne Gesellschaften sind Risikogesellschaften (Beck 1986). Prävention, also die frühzeitige Vermeidung von Unerwünschtem und die Reduktion von Risiken, erweist sich vor diesem Hintergrund als eine für diese Gesellschaften unverzichtbare Idee (Ewald 1993). Gefährdungen und Risiken als unvermeidbar zu akzeptieren, widerspricht dem Selbstverständnis moderner Gesellschaften, in denen die Zukunft als gestaltbar gilt. Eine solche

meidlich innewohnende, aber selten reflektierte Normativität, die Übermacht der Expertinnen und Experten bei den Problemdefinitionen oder die Unsicherheit von Prognosen, droht nicht genügend Gehör zu finden.

Wenn es aber in der Sache keine Alternative gibt, bleibt nur die Reflexion. Gefordert ist Forschung und Aufklärung sowie ein gesteigertes Verantwortungsbewusstsein beim Umgang mit der Präventionsidee. **x**

PRÄVENTION IST EIN HÖCHST VORAUSSETZUNGSVOLLES UND AMBIVALENTES UNTERNEHMEN.

Haltung findet sich insbesondere in pädagogischen Feldern. Ein eindrucksvolles Beispiel in der jüngsten Vergangenheit sind die Diskussionen um eine sogenannte Amokprävention nach dem Vorfall in Winnenden.

Prävention stellt ein höchst voraussetzungsvolles und ambivalentes Unternehmen dar. Dieses muss aber auf einem reflexiven und wissensbasierten Fundament stehen. Dabei gibt es Hinweise, dass insbesondere in pädagogischen Kontexten die oben skizzierten sachlichen Anforderungen an Prävention noch nicht eingelöst werden (können) und dass das Präventionsversprechen dennoch weiterhin aufrecht gehalten wird.

Die mittlerweile vielschichtige Kritik am Präventionsdenken, wie sie unter anderem auch der 13. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung formuliert hat (Deutscher Bundestag 2009, S. 50 ff.), zum Beispiel in Bezug auf die unver-

DIE AUTOREN

Bernd Holthusen, Diplom-Politologe, ist seit 1997 als wissenschaftlicher Referent in der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention des Deutschen Jugendinstituts tätig. Seine Forschungsschwerpunkte sind insbesondere Kooperation, Mehrfach- und Intensivtäter und Evaluation.

Dr. Sabrina Hoops, Diplom-Pädagogin, ist seit 1998 als wissenschaftliche Referentin in der Abteilung Jugend- und Jugendhilfe des Deutschen Jugendinstituts tätig. Nach verschiedenen empirischen Forschungsprojekten im Themenkontext Abweichendes Verhalten und Evaluation erzieherischer Hilfen ist sie seit 2008 Mitglied der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention.

Dr. Christian Lüders, M.A., leitet die Abteilung Jugend und Jugendhilfe am Deutschen Jugendinstitut. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen unter anderem die Adressaten, Institutionen und Verfahren der Kinder- und Jugendhilfe, Evaluation, Theorien pädagogischen Wissens sowie Wissenschaftsforschung.

Dr. Diana Ziegleder, Diplom-Soziologin und Rechtssoziologin M.A. ist seit 2011 als wissenschaftliche Referentin in der Abteilung Jugend- und Jugendhilfe des Deutschen Jugendinstituts tätig. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen Kooperation, Polizeiforschung und Kriminologie.

Kontakt: holthusen@dji.de, hoops@dji.de, lueders@dji.de, ziegleder@dji.de

LITERATUR

- BECK, ULRICH (1986): Die Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main
- BRÖCKLING, ULRICH (2004): Prävention. In: Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lembke, Thomas (Hrsg.): Glossar der Gegenwart. Frankfurt am Main, S. 210–215
- BRÖCKLING, ULRICH (2007): Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt am Main
- BRÖCKLING, ULRICH (2008): Vorbeugen ist besser.... Zur Soziologie der Prävention. In: Behemoth. A Journal on Civilisation 1 (2008), S. 35–48. Verfügbar über: <http://www.sozio-logie.uni-halle.de/broeckling/docs/3-praevention-behemoth.pdf> [Zugriff: 02.10.2010]
- DEUTSCHER BUNDESTAG (2009): Mehr Chancen für gesundes Aufwachsen. 13. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung BT 16/12860 vom 30.04.2009. Berlin. Verfügbar über: <http://drucksachen.bundestag.de/drucksachen/index.php>
- EWALD, FRANÇOIS (1993): Der Vorsorgestaat. Frankfurt am Main
- HELSPER, WERNER / HÖRSTER, REINHARD / KADE, JOCHEN (Hrsg.; 2003): Ungewissheit. Pädagogische Felder im Modernisierungsprozess. Weilerswist
- LENGWILER, MARTIN / MADARÁSZ, JEANNETTE (Hrsg.; 2010): Das präventive Selbst. Eine Kulturgeschichte moderner Gesundheitspolitik. Bielefeld
- LESSENICH, STEPHAN (2008): Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld
- LÜDERS, CHRISTIAN (2011): Prävention. In: Kade, Jochen / Helsper, Werner / Lüders, Christian / Egloff, Birte / Radtke, Frank-Olaf / Thole, Werner (Hrsg.): Pädagogisches Wissen. Erziehungswissenschaft in Grundbegriffen. Stuttgart, S. 44–50

Gutes böses Netz

Jugend und Web 2.0: Blick auf die Diskurse in Wissenschaft, Politik und Pädagogik

Von Maik-Carsten Begemann, Manfred Bröring und Erich Sass

Das Hineinwachsen von Kindern und Jugendlichen in die Gesellschaft ist heute in einem Maße von medientechnischen Innovationen geprägt, wie dies für frühere Generationen nicht der Fall war. Insbesondere die Entwicklung der Mobiltelefone und des Internets haben zu weitreichenden Veränderungen der individuellen Kommunikation sowie im Informations- und Konsumverhalten geführt.

Mit der ständigen telefonischen Erreichbarkeit und der fortwährenden Kommunikation über Chats und Newsgroups haben sich das zeitliche und räumliche Empfinden und Handeln von Jugendlichen, aber auch ihre Gesprächskultur verändert (Dworschak 2010a). Virtuelle soziale Netzwerke lassen neue Gruppen- und Erlebnisstrukturen entstehen (Schorb et al. 2010). Mit dem Internet und zunehmender Medienkonvergenz steht – zumindest in der Theorie – jedem Jugendlichen jede Information zur Verfügung. Gleichzeitig entsteht mit dem

sogenannten Web 2.0 die Möglichkeit umfassender Eigenaktivität und Partizipation (Kolle 2009). Die technischen Innovationen des Netzes ermöglichen es, ohne großen technischen Sachverstand eigene Inhalte einzustellen und die Position des Konsumenten zu verlassen, um zumindest zeitweise eine Produzentenposition einzunehmen.

Inzwischen finden sich zahlreiche, auf diese Veränderungen reagierende Diskurse in der Wissenschaft, der Politik und der pädagogischen Praxis. Diese zu beschreiben, ist notwendig, aber nicht umfassend zu leisten – handelt es sich doch um höchst aktuelle, fortlaufende und häufig politisch motivierte Prozesse. Dennoch lassen sich diese grob in zwei Richtungen unterteilen: in eher kulturpessimistisch geprägte Diskurse, welche die Risiken der neuen Techniken in den Vordergrund stellen, und eher kulturoptimistische, welche die Chancen betonen (siehe auch überblicksweise Leswange/Begemann 2010).



Seiten sperren oder den Zugang erschweren?

Der ungehinderte Zugriff auf Informationen jeder Art, den das Internet ermöglicht, auch auf gewaltverherrlichende oder pornografische Inhalte, hat eine Jugendschutzdebatte angestoßen (unter anderem Forschungsverbund EU Kids Online 2010). Einige Jugendschutzverantwortliche präferieren eine Sperrung von Seiten mit entsprechenden Inhalten. Andere, so die sogenannten »Netzaktivisten und Netzaktivistinnen«, halten diesen Schritt für rechtlich bedenklich und vermuten hinter der Vorgehensweise des Sperrens gar verborgene Interessen anderer Wirtschaftszweige. Sie sprechen sich vielmehr dafür aus, die Medienkompetenz von Jugendlichen zu stärken. Dabei geht es ihnen allen voran darum, die Jugendlichen im Umgang mit jugendschutzrelevanten Inhalten zu sensibilisieren. Gleichzeitig setzen sie sich dafür ein, Seiten mit ungesetzlichen Inhalten direkt vom Provider löschen zu lassen. Dieser Forderung wurde inzwischen von der schwarz-gelben Regierung Rechnung getragen. Ein entsprechender Gesetzentwurf wird derzeit vorbereitet.

Netzaktivisten und Netzaktivistinnen wenden ebenfalls ein, dass eine Alterskennzeichnung von Internetseiten oder -beiträgen, Altersbegrenzungen des Zugangs oder zeitliche Einschränkungen der Nutzung, wie sie für andere Medien im Jugendmedienschutzgesetz vorgesehen sind, für das Internet praktisch nicht umsetzbar und auch wenig sinnvoll sind. So würde beispielsweise eine Verpflichtung zur Alterskennzeichnung von Netzseiten private Anbieter überfordern und sie in eine gesetzliche Grauzone verweisen. Außerdem gibt es bisher keine technischen Applikationen, die eine eindeutige Identifizierung des jeweiligen konkreten Internetnutzers zulassen. Diese – von der Netzgemeinde vorgetragenen – Argumente gegen die Änderungen im Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV) haben unter anderem dazu geführt, dass dessen Novellierung gescheitert ist und nun neu verhandelt werden muss.

Ein anderer wichtiger internetbezogener Diskurs dreht sich um die vielfältigen rechtlichen Probleme, die Aktivitäten im Netz mit sich bringen können. Dabei geht es sowohl um Probleme des Datenschutzes (unter anderem Wagner/Brüggen/Gebel 2010) als auch um Probleme der widerrechtlichen Aneignung von Inhalten und Techniken des Netzes. Insbesondere der Anbieter Facebook, der mittlerweile zum wichtigsten sozialen Online-Netzwerk, nicht nur für Jugendliche, geworden ist (Schröder 2010), steht in der Kritik; ihm werden unzureichende

Datensicherheit und die Weitergabe privater Daten vorgeworfen. Auch hier wird neben Appellen an die entsprechenden Seitenbetreiber, solche Praktiken zu unterlassen, die Forderung erhoben, die Netzkompetenz bei Kindern und Jugendlichen zu fördern. So gibt es im Internet und außerhalb des Netzes vielfältige Initiativen, die Kinder und Jugendliche dazu bewegen sollen, sensibler mit ihren persönlichen Daten umzugehen und die Inhalte ihrer eigenen Netzbeiträge so zu gestalten, dass private Informationen nicht ungehindert an Dritte gelangen können.

Massive rechtliche Probleme entstehen auch durch die von vielen Jugendlichen intensiv genutzte Praxis des Filesharing (BDWi 2010). Das Einstellen und kostenlose Herunterladen von digitalisierten Musikstücken und Filmen stellt beispielsweise die Musikindustrie vor erhebliche Schwierigkeiten (BDWi 2010, S. 14ff). Wäh-

rend deren Branchenvertreter die Schuld an den massiven Umsatzeinbrüchen in erster Linie dem Filesharing zuschreiben, wird unter unabhängigen Beobachtern diskutiert, ob der rasante Niedergang dieser Industrie tatsächlich daran liegt, oder ob es nicht vielmehr interne Gründe wie mangelnde Nachwuchsförderung und unzureichende Reaktionen auf technische Innovationen sind, welche die Schwierigkeiten verursacht haben (Stadler 2010). Die Problematik des Filesharing wird auch hinsichtlich der Verbesserung der Medienkompetenz von Jugendlichen diskutiert, wobei es hier in erster Linie darauf ankommt, das Bewusstsein für die möglichen rechtlichen und finanziellen Folgen zu schärfen.

Debatte um psychologische Effekte

Eng an die Jugendschutzdebatte angekoppelt ist der Diskurs um die gewaltfördernde Wirkung der Medien, insbesondere von gewalthaltigen Computerspielen. Allerdings handelt es sich hier um eine Debatte, die bereits geführt wird, solange es mediale Angebote für Jugendliche gibt (Schenk 2007). Die verschiedenen Positionen dieses Diskurses gehen entweder von der gewaltfördernden Wirkung bestimmter medialer Angebote aus (Baier u. a. 2010), halten die Wirkungen medialer Angebote im Vergleich zu anderen Sozialisationsfaktoren für überschätzt oder bescheinigen Gewaltspielen und Filmen sogar eine gewisse Katharsiswirkung (ebd., S. 11). Alle drei Positionen haben sich bis heute kaum angenähert.

Überhaupt haben die aufgeführten Kontroversen, die letztlich immer auch Debatten um die Bedingungen menschlicher

Massive rechtliche Probleme entstehen durch die von vielen Jugendlichen genutzte Praxis des Filesharing.



Sozialisation sind, in der medienpädagogischen Forschung eine lange Tradition. Vor dem Internet haben sie sich an anderen medialen Inhalten wie Comics, Kino, Popmusik entzündet. Neben vermuteten psychologischen Effekten der Medien spielen immer auch kognitive Aspekte eine Rolle. So wird diskutiert, ob die Bereitstellung zahlloser, häufig unzusammenhängender Informationen zu einem Wissensgewinn führt oder ob es durch die Überflutung mit inflationär gestreuten, zusammenhangslosen Informationen eher zu Negativeffekten kommt.

Beteiligung im Netz

Auch wenn viele der angerissenen Probleme eine kulturpessimistische und kritische Sichtweise gegenüber einer zunehmenden Internetnutzung plausibel erscheinen lassen, sprechen eine Reihe von Argumenten, wie sie von kulturoptimistischer Seite angeführt werden, für eine positivere Betrachtung der Lage. Das betrifft insbesondere die veränderten Möglichkeiten gesellschaftlicher Partizipation.

Mit dem Internet als Meta-Medium, das andere mediale Angebote, wie Fernsehen, Radio, Tageszeitung, Tonträger, Buch, Film et cetera, in sich vereinigt, ist ein Informationsangebot entstanden, welches insbesondere mit der Möglichkeit der Verknüpfung der verschiedenen Medien und Inhalte eine völlig neue Qualität erreicht. Das »Leitmedium Internet« (Schmidt 2010) ermöglicht, bei relativ geringen Vorkenntnissen, in kürzester Zeit den Zugriff auf unüberschaubare Datenmengen. Produziert und sortiert werden diese nicht mehr nur von professionellen Anbietern, sondern weitgehend von den Nutzern und Nutzerinnen selbst. In Blogs und Mikroblogging-Anwendungen wie Twitter werden politische mit persönlichen Inhalten vermischt, räumliche Grenzen aufgehoben und das Sender-Empfänger-Verhältnis umgekehrt (Kolle 2009). Die steuernde und meinungsmachende Funktion, welche die großen Medienkonzerne bisher innehatten, löst sich tendenziell auf. Dies kann als Zerfall der Öffentlichkeit in viele Teilöffentlichkeiten oder auch Gegenöffentlichkeiten beschrieben werden (Münker 2009, S. 73ff.) und birgt die Gefahr der gesellschaftlichen Destabilisierung ebenso wie die Möglichkeit einer demokratischen Teilhabe: »Die Allgegenwart eines Netzwerkes, das es jedem ermöglicht, sich schnell und aktiv in laufende Prozesse einzuklinken, beginnt ein breites Bedürfnis nach aktiver Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen zu erzeugen« (Kruse 2010, S. 4).

Medientheoretiker und Medientheoretikerinnen, wie Miriam Meckel, sehen auf längere Sicht sogar eine Transformation des derzeitigen Gesellschaftsmodells in eine »Netzwerkgesellschaft« mit reflexiven Strukturen und dezentralen Netzwerken anstelle von eindimensionalen Hierarchien (Meckel 2008). Dabei ist immer zu fragen, ob die Möglichkeit umfassender Information auch zu verändertem Verhalten im nicht-virtuellen Raum führt. Einige Vorkommnisse im politischen Bereich, wie zum Beispiel die Internetkampagnen zur letzten Bundespräsidentenwahl, die Mobilisierung von Demonstranten im Verlauf der Aktionen um »Stuttgart 21« oder – als jüngstes Beispiel – auch zur Atompolitik, lassen vermuten, dass diese Bewegungen stark von den Möglichkeiten des Netzes profitieren. Die Frage wäre hier, ob dies für alle Formen bürgerschaftlicher Partizipation, also auch für die klassische Mitarbeit in Vereinen, Verbänden, Initiativen und anderen Organisationen, der Fall ist und wie sich der Einfluss des Internets in diesen Bereichen konkret gestaltet. Auch Prozesse interner Teilhabe in den gesellschaftlichen Organisationen werden sich nach Einschätzung von Experten verändern: »Die bloße Existenz des Internets erzeugt Erwartungshaltungen bezogen auf Beteiligung, die zu ignorieren sich weder die Wirtschaft noch die Politik leisten kann« (Kruse 2010, S. 5).

Neue Formen des Lernens

Eine weitere Debatte bezieht sich auf die Lernpotenziale, die das Internet bietet. Unter dem Begriff E-Learning werden schon länger netzgestützte Lernformen zusammengefasst, die individuelles und räumlich unabhängiges Lernen ermöglichen. Der Mediendidakt Michael Kerres wies bereits 2006 darauf hin, dass mit den Techniken des Web 2.0 auch dialogische Lernformen ermöglicht werden. Die Speicherung großer Datenmengen auf externen Servern hat die Möglichkeiten der räumlich entgrenzten Datenübertragung noch vergrößert. So können auf Internetplattformen neue Formen von Öffentlichkeit und damit öffentlichen Lernens entstehen (Kerres 2006).

Dies hat nicht nur Auswirkungen auf die Weiterbildung oder das Fernstudium, sondern vor allem auch auf die Schule. So können Schüler und Schülerinnen mit Hilfe des Internets nicht nur sehr schnell Informationen generieren, sondern auch gemeinsame Wikis, Blogs und Podcasts erstellen oder mit anderen Lerngruppen kooperieren und kommunizieren. Die Möglichkeiten der neuen Techniken können dazu beitragen,

den schulischen Unterricht zu individualisieren und damit den Unterrichtsstoff an die individuellen Lernvoraussetzungen anzupassen. Sie können aber auch dazu dienen, erarbeitete Lernergebnisse öffentlich zugänglich zu machen und die Präsenz von Schule im öffentlichen Raum zu verstärken. Inwieweit diese Möglichkeiten bisher genutzt werden, hängt zum einen von der technischen Ausstattung der Schulen ab, zum anderen aber auch von den Interessen und Fähigkeiten der verantwortlichen Lehrer und Lehrerinnen.

Schließlich stellt sich die Frage, ob und wie auch Jugendliche an Prozessen bürgerschaftlicher Partizipation durch die neuen Medien beteiligt sind oder beteiligt werden können. Dabei steht weniger die generelle Nutzung neuer medialer Möglichkeiten, insbesondere die der sozialen Online-Netzwerke (Schorb u. a. 2010), im Mittelpunkt. Vielmehr geht es darum, ob Jugendliche das Internet tatsächlich als Chance gesellschaftlicher Partizipation und Veränderung oder aber nur als praktisches Hilfsmittel zur Pflege persönlicher Kontakte, des Konsums oder der Informationsbeschaffung sehen.

So werden in den medialen Debatten um Partizipation und Internet auch kritische Stimmen laut, die bei Jugendlichen eher Rückzugstendenzen (Schmidt 2010) beziehungs-

weise einen eher nüchternen, pragmatischen Umgang mit dem Netz sehen oder ihnen sogar die nötige technische Kompetenz zum sinnvollen Einsatz des Internet absprechen (Stichwort: »Null Blog«, Dworschak 2010b). Problematisch an derart pauschalisierenden Aussagen ist – wie auch in den anderen Diskursen – sicherlich, dass »die Jugend« als eine homogene Gruppe betrachtet und als Projektionsfläche für die Wünsche und Befürchtungen von Erwachsenen missbraucht wird. Von Nöten sind jedoch differenziertere Sichtweisen, welche jenseits eines idealisierenden oder pädagogisierenden Erwachsenenblickes – gestützt auf empirisch belastbares Datenmaterial – die Heterogenität der Lebensphase Jugend im Blick haben.

Nicht das Netz als solches ist gut oder böse – allenfalls seine Inhalte. Die Frage wird sein, ob Jugendliche auch weiterhin die Möglichkeit haben, sich direkt, unvermittelt und unkontrolliert an der Gestaltung dieser Inhalte zu beteiligen. Aber auch, ob und wie Heranwachsende diese Chance zur Partizipation nutzen und sich derzeit noch bestehende Freiräume aneignen. Um die empirische Basis künftiger Debatten um das Internet als Raum jugendlicher Sozialisation zu vergrößern, sind Studien notwendig, die auch geschlechts-, alters- und herkunftsbedingte Differenzen in den Blick nehmen. ✕

Nicht das Netz als solches ist gut
oder böse – allenfalls seine Inhalte.

DIE AUTOREN

Dr. Maik-Carsten Begemann, Manfred Böring und Erich Sass sind als wissenschaftliche Mitarbeiter im Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut/Technische Universität Dortmund beschäftigt. Dort haben sie zuletzt gemeinsam im Projekt »Jugendliche Aktivitäten im Wandel. Gesellschaftliche Beteiligung und Partizipation in Zeiten des Web 2.0« über jugendliches Engagement mit dem und im Internet (»Engagement 2.0«) gearbeitet.
Kontakt: mcbegemann@fk12.tu-dortmund.de, mbroering@fk12.tu-dortmund.de, ESass@fk12.tu-dortmund.de

LITERATUR

- (BDWI) BUNDESVERBAND DER DIENSTLEISTUNGSWIRTSCHAFT E.V. (Hrsg.; 2010): Rechtsverstöße im Internet – Bedrohung für Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft. Berlin
- BAIER, DIRK / PFEIFFER, CHRISTIAN / RABOLD, SUSANN / SIMONSON, JULIA / KAPPES, CATHLEEN (2010): Kinder und Jugendliche in Deutschland. Gewalterfahrungen, Integration, Medienkonsum. Hannover
- DWORSCHAK, MANFRED (2010a): Der digitale Schwarm. Online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/spiegelwissen/0,1518,725249,00.html>
- DWORSCHAK, MANFRED (2010b): Null Blog. Online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-72462721.html>
- FORSCHUNGSVERBUND EU KIDS ONLINE (2010): Risiken im Internet. Erste Befunde einer empirischen Untersuchung zur Onlinenutzung von Kindern und Jugendlichen. Online verfügbar unter: <http://www2.lse.ac.uk/media/lse/research/EUKidsOnline/Home.aspx>
- KOLLE, CHRISTIAN (2009): Web 2.0 – Alle machen mit! Bonn. Online verfügbar unter: http://www.gesis.org/sowiport/fileadmin/user_upload/PDF_Recherche_Spezial/RS_10_01_Web2_0.pdf
- INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH (Hrsg.; 2007): Gesprächskultur 2.0: Wie die digitale Welt unser Kommunikationsverhalten verändert. Ergeb-

nisse einer bevölkerungsrepräsentativen Studie zur Nutzung und Bewertung von Online-Kommunikation. Online verfügbar unter: http://www.axelspringer.de/downloads/315952/Bericht_zweinnull_FINAL.pdf

- KERRES, MICHAEL (2006): Potenziale von Web 2.0 nutzen. In: Hohenstein, Andreas / Wilbers, Karl (Hrsg.): Handbuch E-Learning. München. Online verfügbar unter: <http://mediendidaktik.uni-duisburg-essen.de/system/files/web20-a.pdf>
- KRUSE, PETER (2010): Beitrag zur öffentlichen Anhörung am 5. Juli 2010 der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft. Berlin
- LESWANGE, MARTINA / BEGEMANN, MAIK-CARSTEN (2010): Web 2.0 und Implikationen für die Kinder- und Jugendarbeit. In: Jugendhilfebericht, Heft 1/2010, S. 7–11
- MECKEL, MIRIAM (2008): Aus Vielen wird das Eins gefunden – wie Web 2.0 unsere Kommunikation verändert. In: [APuZ] Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 39/2008, S. 17–22
- MÜNKER, STEFAN (2009): Emergenz digitaler Öffentlichkeiten. Die Sozialen Medien im Web 2.0. Frankfurt am Main
- SCHENK, MICHAEL (2007): Medienwirkungsforschung. Tübingen
- SCHMIDT, MARIE (2010): Wer ist wir? In: DIE ZEIT, 25.02.2010 Nr. 09. Online verfügbar unter: <http://www.zeit.de/2010/09/L-Leif-Randt>
- SCHORB, BERND / KIESSLING, MATTHIAS / WÜRFEL, MAREN / KEILHAUER, JAN (2010): Medienkonvergenz Monitoring. Soziale-Online-Netzwerke-Report 2010. Leipzig.
- SCHRÖDER, JENS (2010): Die 20 populärsten sozialen Netzwerke Deutschlands – MySpace und StudiVZ mit Minusrekorden. Online verfügbar unter: http://meedia.de/nc/details-topstory/article/myspace-und-studivz-fallen-auf-minusrekorde_100030994.html
- STADLER, THOMAS (2010): Die Musikindustrie und das Milchmädchen. Online verfügbar unter: <http://www.internet-law.de/2010/10/die-musikindustrie-und-das-milchmadchen.html>
- WAGNER, ULRICH / BRÜGGEN, NIELS / GEBEL, CHRISTA (2010): Persönliche Informationen in aller Öffentlichkeit? Jugendliche und ihre Perspektive auf Datenschutz und Persönlichkeitsrechte in Sozialen Netzwerkdiensten. München

»Wir müssen allen eine Chance geben, gute Fachkräfte zu werden«

Für viele junge Menschen hat die Finanzkrise ganz persönliche Auswirkungen: Sie finden keinen Ausbildungsplatz und keinen zukunfts sicheren Job. Die internationale Arbeitsorganisation ILO befürchtet sogar eine »verlorene Generation«. DJI Impulse sprach mit dem Soziologieprofessor Walter R. Heinz von der Universität Bremen über die Situation der Jugendlichen.

DJI Impulse: Welche Folgen hat die Wirtschaftskrise für junge Menschen?

Walter R. Heinz: Verglichen mit anderen Ländern hält sich Deutschland ganz wacker. Die Arbeitslosigkeit unter den jungen Menschen ist angestiegen, aber sie ist dennoch weit unter dem Durchschnitt in der Europäischen Union. In Südeuropa erreicht die Jugendarbeitslosigkeit bis zu 30 Prozent, auch in Großbritannien liegt sie über zehn Prozent. Es kann jedoch sein, dass die Wirtschaftskrise langfristige Auswirkungen hat, die in Deutschland noch nicht spürbar sind, aber die Lage in den kommenden Jahren verschärfen.

DJI Impulse: Wen hat die Krise besonders getroffen?

Heinz: Nur 40 Prozent der Schulabgänger können in Deutschland eine reguläre Berufsausbildung aufnehmen. Diejenigen, die auf Übergangsmaßnahmen angewiesen sind, haben auf dem Arbeitsmarkt sehr schlechte Einstiegschancen. Um zu wissen, wie sich die Wirtschaftskrise auf die Übergänge in Beschäftigung auswirkt, brauchen wir Längsschnittdaten: Wir müssen dieselben Personen über einen längeren Zeitraum immer wieder befragen. Gemeinsam mit Wissenschaftlern aus Großbritannien und den USA planen wir mit dem Deutschen Jugendinstitut eine international vergleichende Studie. Wir wollen die Übergänge vor, während und nach der Krise im Jahr 2008 untersuchen.

DJI Impulse: Es gibt in Deutschland einige staatliche Maßnahmen für Jugendliche, die auf dem Arbeitsmarkt nicht unterkommen.

Heinz: Diese Maßnahmen sind gegenüber betrieblichen Ausbildungen strukturell benachteiligt. Die Chancen, danach in eine einigermaßen stabile Erwerbstätigkeit zu kommen, sind sehr, sehr gering. Für die Teilnehmer ist das nur eine Überbrückung,

sie bewerben sich währenddessen weiter. Die Bundesagentur für Arbeit bezeichnet sie als »Altbewerber«. Und ihre Zahl steigt. Es gibt Jugendliche, die richtige »Maßnahmenkarrieren« machen und aus dem Teufelskreis nicht mehr herauskommen. Sie werden nur älter, aber die Chance, auf dem Arbeitsmarkt eine Stelle zu finden, wird für sie immer geringer. Diese Menschen werden langfristig auf Hartz IV angewiesen sein.

Die Folgen der Finanzkrise

Das Deutsche Jugendinstitut plant mit internationalen Kooperationspartnern vergleichende Forschungsstudien über die Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise auf Familien und Jugendliche in Deutschland, Großbritannien und den USA. Längsschnittuntersuchungen sollen zum Beispiel zeigen, wie Jugendliche seit 2008 den Übergang in den Arbeitsmarkt schaffen und welche Rolle die Familien und staatliche Unterstützungen dabei spielen. Datenbasis sind unter anderem in Deutschland das Sozioökonomische Panel sowie die AID:A-Studie des Deutschen Jugendinstituts, in Großbritannien der British Household Panel und in den USA The Panel Study of Income Dynamics. Zu den deutschen Partnern zählt die Bremen International Graduate School of Social Sciences (BIGSSS) der Universität Bremen. DJI Impulse sprach mit Walter R. Heinz von der BIGSSS, der das Forschungsvorhaben mit initiiert hat.

DJI Impulse: Aber die Wirtschaft spricht doch von einem Fachkräftemangel. Wie passt das zusammen?

Heinz: Da besteht eine enorme Diskrepanz. Es liegt an den Auswahlkriterien der Betriebe. Sie sehen auf Olympiareife bei den Bewerbern und wollen bei der Ausbildung Kosten sparen. Wir haben in Deutschland kein innovatives Ausbildungskonzept, das auch schwächeren Jugendlichen die Chance geben würde, gute Fachkräfte zu werden. Wegen der demografischen Entwicklung wird es aber künftig immer weniger Schulabgänger geben. Die Firmen werden bereit sein müssen, auch jene zu rekrutieren, die nicht so gute Noten haben. Das Handwerk wird zum Beispiel gar nicht anders können. Für Jugendliche mit Migrationshintergrund könnte es mittel- bis langfristig Chancen bei Unternehmen geben, deren Geschäftsführer selbst einen Migrationshintergrund haben.

DJI Impulse: Und was ist mit denen, die zurzeit in staatlichen Maßnahmen stecken?

Heinz: Meine Befürchtung ist, dass sie keine Chancen mehr bekommen. Die Unternehmen werden eher die Jugendlichen ausbilden, die gerade die Schule verlassen.

DJI Impulse: Wie ist es, wenn man schon beim Berufseinstieg erfahren muss, dass man auf dem Arbeitsmarkt nicht gebraucht wird?

Heinz: Es nagt am Selbstwertgefühl, immer wieder abgewiesen zu werden. Je länger Jugendliche in überbrückenden Maßnahmen stecken, desto belastender ist die Situation für sie. Die Ideologie auf dem Arbeitsmarkt ist doch »Gestalte deine Zukunft«. Aber um meine Zukunft gestalten zu können, muss ich Chancen haben.

DJI Impulse: Wie sieht die Situation für Hochschulabsolventen aus?

Heinz: Junge Menschen mit Hochschulabschluss haben deutlich bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Aber die Beschäftigungsbedingungen haben sich für alle in den vergangenen Jahren stark verändert. Sehr viele junge Menschen sind befristet beschäftigt. Das wird auch in den nächsten Jahren nicht anders sein. Selbst der Staat als Arbeitgeber setzt zunehmend auf flexible Arbeitsverhältnisse. Einige Optimisten sagen, das würde dem Lebensgefühl der Jugend entsprechen, und es sei doch interessant, viele unterschiedliche Erfahrungen zu sammeln – aber dabei übersehen sie einen wesentlichen Punkt: Das deutsche Sozialversicherungssystem ist auf kontinuierliche Beschäftigung ausgerichtet.

DJI Impulse: Werden die Jungen angesichts dieser Entwicklung den Lebensstandard ihrer Eltern halten können?

Heinz: Sie sind in vielen Fällen sogar stärker von ihren Eltern abhängig als je zuvor. Da ihre Beschäftigungsdauer nicht prognostizierbar ist, müssen sie auch ihr Konsumverhalten anders strukturieren. Dazu kommt, dass die Löhne in den vergangenen Jahren gesunken sind. Viele junge Menschen werden untertariflich bezahlt oder stecken in dem prekären Leiharbeitssystem.

DJI Impulse: Und dennoch sagten Sie anfangs, dass Deutschland im internationalen Vergleich gut da steht.

Heinz: So schlimm es ist, Hartz IV zu beziehen, man kann davon leben. In den USA dagegen sind arbeitslose Jugendliche auf ihre Eltern angewiesen, auf die Nachbarn, Kirchen und philanthropische Vereine. In Großbritannien gibt es zwar Überbrückungshilfen, aber keine lebenslangen Sozialhilfestrukturen.

DJI Impulse: Ein Leben lang Hartz IV zu beziehen, ist für Jugendliche keine Perspektive.

Heinz: Die Arbeitgeber müssen stärker in die Pflicht genommen werden. Anstatt zu jammern, dass sie keine Fachkräfte finden, sollten sie lieber Fachkräfte ausbilden. Deutschland hat strukturelle Vorteile, da wir ein funktionierendes Ausbildungssystem haben. Das müssen wir nutzen, um die Jugendlichen aus der Arbeitslosigkeit herauszuholen. Damit die jungen Menschen die Chance haben, selbstständig zu werden und an der Gesellschaft teilzuhaben. x

Interview: Nicola Holzapfel

IM INTERVIEW

Walter R. Heinz ist Professor emeritus an der Bremen International Graduate School of Social Sciences (BIGSSS), Universität Bremen. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählen berufliche Sozialisation, Biografie- und Lebenslaufforschung.

Kontakt: wheinz@bigss-bremen.de



Für eine werteorientierte Sozialisation

Dr. Hans Rudolf Leu, Leiter der Abteilung »Kinder und Kinderbetreuung«, geht in den Ruhestand.



Dr. Hans Rudolf Leu blickt auf eine mehr als 35-jährige sozialwissenschaftliche Karriere am Deutschen Jugendinstitut (DJI) zurück. Er gehört damit zu der Generation von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die in den 1970er Jahren im Geist der Bildungsreform dieser Zeit am Aufbau des Instituts mitgearbeitet hat. Im Juli geht er in den Ruhestand.

Sein wissenschaftliches Interesse galt von Beginn an der Analyse von Prozessen der Subjektwerdung sowie den theoretischen Konzeptionalisierungen von Subjektivität. Die abstrakten sozialisationstheoretischen Prämissen von Vergesellschaftung und Individuation siedelte er in der Alltagspraxis an, die durch soziale, ökologische und raumzeitliche Kontexte bestimmt wird. Für Hans Rudolf Leu ist Sozialisation die Wechselwirkung zwischen Individuum und Umwelt, bei der durch Prozesse der wechselseitigen Anerkennung Selbstwirksamkeitserfahrung vermittelt wird und geteilte Wertorientierungen ausgebildet werden. Auf den unterschiedlichen Stationen seiner Berufsbiografie und den sie begleitenden Arbeitsfeldern blieb Hans Rudolf Leu seinem sozialisationstheoretischen Ansatz treu.

Hans Rudolf Leu hat in Bern und Freiburg im Breisgau Sozialwissenschaften studiert. 1974 kam er nach München, um am DJI als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Sonderforschungsbereich »Theoretische Grundlagen sozialwissenschaftlicher Berufs- und Arbeitskräfteforschung« zu arbeiten. Hier entstand im Rahmen des Projektes »Anpassungsprozesse in der Berufsausbildung« seine Promotion »Subjektivität als Prozess« (1985).

Seine sozialisationstheoretischen Grundeinsichten auf dem Gebiet der Berufs- und Industriesoziologie transformierte Hans Rudolf Leu in die Kindheits- und Familiensoziologie. Zunächst beschäftigte er sich mit den Lern- und Bildungsaspekten der Computernutzung von Kindern im familialen Kontext. Anfang der 1990er Jahre arbeitete er für die Abteilung Familie und Familienpolitik. Er übernahm nicht nur die Geschäftsführung für den 5. Familienbericht der Bundesregierung, sondern setzte sich auch in Abgrenzung zur empirisch orientierten schichtspezifischen Sozialisationstheorie mit der Beziehungsqualität innerhalb der Familie auseinander. In seinem DISKURS-Beitrag (1/1997) »Anerkennungsmuster als »soziales Kapital« von Familien« beschäftigte sich Hans Rudolf Leu im Kontext der Debatte um die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft erneut mit der Bedeutung von Anerkennung für das Selbstvertrauen, die Selbstachtung und das Selbstwertgefühl, die ihm als Voraussetzung für selbstständiges Handeln und für den Schulerfolg von Kindern gelten.

Die Leitung der Abteilung Kinder und Kinderbetreuung übernahm Hans Rudolf Leu 1997 zunächst kommissarisch, auf Dauer wurde sie ihm im Jahr 2000 übertragen. Dies geschah zu einer Zeit, in der die Debatte zur gesellschaftlichen Konstruktion und Neudefinition von Kindheit auf ihrem Höhepunkt war und Kinder als eigenständige Bevölkerungsgruppe mit eigenen sozialstaatlichen Ansprüchen – unabhängig von ihren Eltern – etabliert werden sollten. Sozialisations-

theoretische Fragestellungen liefen dem konstruktivistischen Bild vom autonomen, eigenaktiven, sich selbstsozialisierenden Kind eher entgegen. Deshalb trieb Hans Rudolf Leu die theoretische Diskussion zur Genese des Subjekts auf nationaler Ebene voran. »Zwischen Autonomie und Verbundenheit« (1999) lautet die Veröffentlichung, die er gemeinsam mit Lothar Krappmann herausgab, in dem sich Pädagogen und Soziologen mit den zukünftigen Aufgaben der Sozialisationstheorie befassen. Die kindheits- und sozialisationstheoretische Diskussion schlug sich in seiner konzeptionellen und praktischen Arbeit als Abteilungsleiter deutlich nieder. Hans Rudolf Leu versuchte hier immer, eine Brücke zu schlagen: Einerseits nahm er die Eigenständigkeit von Kindern ernst. So setzte er sich zum Beispiel mit den Prozessen der zunehmenden Selbstständigkeit von Kindern intensiv auseinander. Andererseits hob er ihre Verankerung in der Beziehung zu den Erwachsenen deutlich hervor. Die Dualität von Selbst- und Fremdsozialisation, die auch im Kindheitsdiskurs mit angelegt ist, versuchte er in seinen praxisorientierten Forschungen unter den Rahmenbedingungen »institutionalisierter Kindheit« zu überbrücken. Er wandte sich den Betreuungseinrichtungen und ihrem Personal als Garanten für die Qualität von »Bildung, Betreuung, Erziehung« zu.

Frühpädagogische Fachkräfte für eigenaktive Bildungs- und Lernprozesse der Kinder zu sensibilisieren, war Ziel des Projektes »Bildungs- und Lerngeschichten« (2004 – 2009), einer Adaption der »Learning Stories« von Margaret Carr (Neuseeland). Hans Rudolf Leu setzte damit nicht nur neue Akzente in der elementarpädagogischen Bildungsdiskussion. Mit einem Beobachtungs- und Dokumentationsverfahren der Lernfortschritte der Kinder gab er den Fachkräften zugleich ein Instrumentarium in die Hand, das sie bei der individuellen Förderung der Kinder unterstützt. Die »Bildungs- und Lerngeschichten« waren eines seiner wichtigsten Projekte. Die entstandenen Materialien fanden in der Fachszene deutschlandweit Beachtung und große Verbreitung.

Die »Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte« (WiFF) setzt seit 2008 Impulse für mehr Qualität in der Weiterbildungslandschaft. Als wissenschaftlicher Leiter erörterte Hans Rudolf Leu in Zusammenarbeit mit multidisziplinären Expertengruppen die Frage, welche Kompetenzen Fachkräfte benötigten, um den pädagogischen Anforderungen, wie zum Beispiel der Begleitung von kindlichen Bildungs- und Lernprozessen in den ersten drei Lebensjahren, gerecht werden zu können. Die entwickelten Kompetenzprofile für die Praxis stellen eine wichtige Grundlage für Bildungsangebote dar.

Neben der Begleitung einer Vielzahl von Projekten ist die Tätigkeit eines Abteilungsleiters am DJI mit Dienstleistungen und Politikberatung verbunden. Dazu zählten der Zahlenspiegel zu Tageseinrichtungen und Tagespflege, der OECD-Hintergrundbericht für die Bundesrepublik Deutschland sowie die konzeptionelle Arbeit an der Bildungsberichterstattung. Welche Herausforderung es ist, Daten aus unterschiedlichen Quellen theoriegeleitet aufzubereiten und an Entscheidungsträger zu adressieren, dokumentierte Hans Rudolf Leu in dem Band »Sozialberichterstattung zu Lebenslagen von Kindern« (2002). Für die Zukunft wünschen wir Hans Rudolf Leu, dass er sich seinem Interesse an den Bildungsprozessen von Kindern weiterhin nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch widmen kann und sich seine Sehnsucht nach möglichst vielen Enkeln erfüllt.



➤ Dr. Frank Greuel

ist Mitglied im Beirat des Projekts »AufRecht - Aufklärung und Qualifizierung gegen Rechtsextremismus« des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen.

➤ Sabine Herzig



hat nach elf Jahren am Deutschen Jugendinstitut (DJI) eine neue Tätigkeit bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Berlin begonnen. Sabine Herzig baute am DJI das Informationszentrum Kindes-

misshandlung/Kindesvernachlässigung (IzKK) mit auf. Ihr thematischer Schwerpunkt war insbesondere das Thema sexuelle Gewalt. Als Betriebsratsvorsitzende setzte sie sich seit 2002 engagiert für die Belange der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DJI ein.

➤ Förderschulen: Sprungbrett oder Sackgasse?

Rund eine halbe Million Schülerinnen und Schüler haben einen sonderpädagogischen Förderbedarf. Trotz der seit 2009 auch in Deutschland geltenden UN-Behindertenrechtskonvention, die allen Kindern mit einem Handicap oder einer Behinderung das Recht gibt, gemeinsam mit Gleichaltrigen unterrichtet zu werden (Inklusion), besuchen deutschlandweit immer noch gut 80 Prozent von ihnen eine der 3.200 Sonder- oder Förderschulen. Bei der Hälfte dieser Jugendlichen lautet die Diagnose »Lernschwäche«. Warum 77 Prozent aller Förderschulabsolventinnen und -absolventen am Ende ihrer Schulzeit keinen Hauptschulabschluss haben und wie ihr Einstieg ins Berufsleben besser geebnet werden kann, hat das Deutsche Jugendinstitut genauer ins Blickfeld gerückt.

🌐 www.dji.de/thema/1103

TAGUNG

Das DJI auf dem Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag

Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) nimmt vom **7. bis 9. Juni 2011** am Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag in Stuttgart teil. Es ist mit einem Informationsstand (Standnr. 636, Halle 1) vertreten. Am Fachkongress, der unter dem Motto steht »Kinder.Jugend.Zukunft: Perspektiven entwickeln, Potenziale fördern«, referieren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des DJI.

VERANSTALTUNGSORT:

Landesmesse Stuttgart, Messeplatz 1, 70629 Stuttgart
Der Kinder- und Jugendhilfetag richtet sich an die Fachöffentlichkeit sowie Interessierte aus allen Bereichen. Der Besuch ist kostenlos.
Ausführliches Programm unter www.jugendhilfetag.de

LEHRAUFTRAG IM SOMMERSEMESTER 2011

Dr. Inga Pinhard

➤ Reformpädagogik revisited

Fachbereich Erziehungswissenschaften,
Goethe Universität Frankfurt am Main

Weitere Lehraufträge: siehe DJI Impulse,
Heft 92/93

AUFSÄTZE

Bettina Arnoldt, Natalie Fischer, Christine Steiner

➤ The Effects of All-Day Schools on disadvantaged youth. Results of a longitudinal study in Germany. In: Today's Children are Tomorrow's parents, Heft 28/2011, S. 40–46

Iris Bednarz-Braun

➤ Interethnische Beziehungen unter Auszubildenden im Betrieb – aus sozialkonstruktivistischer Perspektive
In: Krekel, Elisabeth M. / Lex, Tilly (Hrsg.): Neue Jugend, neue Ausbildung? Beiträge aus der Jugend- und Bildungsforschung. Berichte zur beruflichen Bildung. Schriftenreihe des Bundesinstituts für berufliche Bildung. Bonn 2011, S. 63–77

Jörg Eulenberger

➤ Junge AussiedlerInnen auf ihrem Weg nach der Hauptschule
In: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt (Hrsg.): Zeitschrift »Erziehung und Wissenschaft«, Heft 1/2011, S. 11

Christine Feil

➤ Kinder und Internet – Chancen und Gefahren. Leitartikel
In: Recht der Jugend und des Bildungswesens (RdJB), Heft 4/2010, S. 410–415

Gaby Flöber, Hans-Uwe Otto, Thomas Rauschenbach

➤ Vorwort / In: Arbeitskreis Jugendhilfe im Wandel (Hrsg.): Jugendhilfeforschung. Kontroversen – Transformationen – Adressierungen. Wiesbaden 2011, S. 5–6

Wolfgang Gaiser, Martina Gille

➤ Profil einer Jugend auf der Suche nach Identität
In: Klasvagt, Peter / Fisch, Andreas (Hrsg.): Was trägt, wenn die Welt aus den Fugen gerät. Paderborn 2010, S. 355–367

Wolfgang Gaiser, Winfried Krüger, Johann de Rijke

➤ Jugendliche – Vergessene Adressaten der politischen Bildung / In: Frech, Siegfried / Juchler, Ingo (Hrsg.): Bürger auf Abwegen? Politikdistanz und politische Bildung. Schwalbach 2011, S. 105–129

Wolfgang Gaiser, Martina Gille, Winfried Krüger, Johann de Rijke

➤ Jugend und Demokratie / In: Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.): Demokratie Deutschland 2011. Berlin, S. 12–13

LESE-TIPPS

Claus Tully, Wolfgang Krug

Konsum im Jugendalter

Umweltfaktoren, Nachhaltigkeit, Kommerzialisierung
Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag 2011 | 144 Seiten | 9,80 EUR
ISBN 978-3-89974678-5

Das Buch behandelt die Themen Werteorientierungen, Jugendalltag, Konsum, Umwelt und Nachhaltigkeit. Die Autoren zeigen, dass Konsum nicht allein eine Sache des Geldes ist, sondern auch vom Lebensstil der Familie, den Freunden und den über die Medien verbreiteten Leitbildern abhängt. Konsum erfolgt meist nebenbei und unbedacht. Der Band weist auf die ökonomischen, sozialen und ökologischen Folgen des Konsums hin. Er richtet sich an Lehrerinnen und Lehrer, an Personen, die in der Jugendarbeit und an Einrichtungen der Weiterbildung tätig sind, an Studierende sowie an alle ökologisch Interessierten.



Barbara Keddi

Wie wir dieselben bleiben

Doing continuity als biopsychosoziale Praxis
Bielefeld: transcript Verlag 2011 | 318 Seiten | 32,80 EUR
| ISBN 978-3-8376-1736-8

Personale Kontinuität spielt trotz allen Wandels eine entscheidende – im aktuellen Diskurs allerdings vernachlässigte – Rolle. Befunde aus Gehirn- und Biografieforschung, Psychologie, Erziehungs- und Sozialwissenschaften relativieren nicht nur die postmoderne Meta-Erzählung des Fragmentarischen. Sie zeigen auch, dass Kontinuität individuell immer wieder neu hergestellt werden muss.

Bezug nur
über den
Buchhandel

Kathrin Ramsauer

Bildungserfolge von Migrantenkindern

Der Einfluss der Herkunftsfamilie
Reihe: Wissenschaftliche Texte | Expertise
München: Deutsches Jugendinstitut | 2011 | 35 Seiten
Kostenlos erhältlich unter www.dji.de/neuerscheinungen

Die Expertise fasst aktuelle Forschungsergebnisse zum Bildungserfolg von Kindern mit Migrationshintergrund zusammen. Im Fokus stehen Studien zur Rolle der Familie im Bildungsprozess. Abschließend werden Anhaltspunkte für die praktische Arbeit mit Familien mit Migrationshintergrund sowie für weitere Forschungen gegeben.



AUFSÄTZE

Nora Gaupp

➤ Stuttgarter Haupt- und Förderschulabsolvent/innen auf dem Weg von der Schule in die Arbeitswelt. Zentrale Ergebnisse aus der Stuttgarter Schulabsolventenstudie / In: Lehren und Lernen, Heft 3/2011, S. 18–22

Karin Jurczyk, Barbara Thiessen

➤ Familie und soziale Dienste / In: Evers, Adalbert / Heinze, Rolf G. / Olk, Thomas (Hrsg.): Handbuch Soziale Dienste. Wiesbaden 2011, S. 333–352

Andreas Lange, Claudia Zerle

➤ Zwischen Sponge Bob und Sportverein. Freizeitgestaltung von Kindern heute
In: Einzel, Friederike (Hrsg.): Kinder in Gesellschaft. Was wissen wir über aktuelle Kindheiten? Grundschulverband. Frankfurt am Main 2010, S. 54–66

Christian Lüders

➤ Neue Wege der Evaluation gewalt- und kriminalpräventiver Maßnahmen und Projekte / In: Landeskommision Berlin gegen Gewalt (Hrsg.): Berliner Forum Gewaltprävention. Dokumentation des 10. Berliner Präventionstages, 2010, S. 127–139

➤ Prävention / In: Helsper, Werner / Kade, Jochen / Lüders, Christian / Egloff, Birte / Radtke, Frank-Olaf / Thole, Werner (Hrsg.): Grundwissen Erziehungswissenschaft. 30 Schlüsselbegriffe. Stuttgart, S. 44–50

Hanna Permien

➤ Freiheitsentzug in der Jugendhilfe. Chance oder erneutes Scheitern?
In: Unsere Jugend, Heft 1/2011, S. 17–25

Thomas Rauschenbach

➤ Die Kinder- und Jugendhilfe – am Beginn einer neuen Epoche
In: neue praxis, 2011, Sonderheft 10, S. 55–58
➤ Verlierer des Bildungssystems
In: Kinder- und Jugendarzt, Heft 2/2011, S. 117–118

Thomas Rauschenbach, Ivo Züchner

➤ Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland
In: Münder, Johannes / Wiesner, Reinhard / Meysen, Thomas (Hrsg.): Kinder- und Jugendhilferecht. Handbuch. Baden-Baden 2011, S. 13–39

DJI Jahresbericht 2010

München: Deutsches Jugendinstitut 2010 | 64 Seiten
Kostenlos erhältlich unter www.dji.de/jahresbericht

Der aktuelle Jahresbericht informiert über die im Jahr 2010 geleistete Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Deutschen Jugendinstituts. Er stellt aktuelle Forschungsprojekte sowie Kooperationen mit Partnern aus Wissenschaft, Politik, Fachpraxis und Stiftungen vor und gibt einen Überblick über zahlreiche Publikationen und Veranstaltungen.



Johannes Beck-Neckermann

Musik wird Sprache

Musikalisch-sprachliche Aktivität bei Kindern bis Drei
München: Deutsches Jugendinstitut 2011 | 29 Seiten | ISBN 978-3-86379-002-8
Kostenlos erhältlich unter www.dji.de/neuerscheinungen

Der Autor setzt sich mit dem Zusammenwirken von musikalischer Aktivität und Spracherwerb für die Altersgruppe der Kinder bis drei Jahre auseinander. Musika-

lische Aktivität beginnt bereits, wenn akustische Ereignisse unsere Aufmerksamkeit erlangen und wenn Geräusche, Klänge, Rhythmen, Töne erzeugt und gestaltet werden. Diesem offenen Musikbegriff folgend ist ein Kind musikalisch aktiv, wenn es akustische Ereignisse wahrnimmt, sie erforscht und lustvoll mit der Stimme experimentiert. Die Klänge, Rhythmen und Sprachmelodien der elterlichen Stimme sprechen den Säugling an und lassen ihn aufmerksam werden. Aus dieser »Stimmklang-Musik« entsteht für das Kind im Laufe der Jahre der Wortsinn gesprochener Sprache.



Alexandra Sann

➤ Frühe Hilfen über Systemgrenzen hinweg: ein gemeinsames Anliegen von Frühförderung und Kinder- und Jugendhilfe / In: Gemeinsam leben – Zeitschrift für Inklusion, Heft 1/2011, S. 4–11

Mike Seckinger

➤ Prävention statt Erziehung?

In: Dialog Erziehungshilfe: Sonderheft mit Dokumentation der AFET-Fachtagung 2010 »Ausgrenzung und Integration – Erziehungshilfe zwischen Angebot und Eingriff«, Heft 4/2010, S. 32–40

Peter Ullrich

➤ Preventionism and Obstacles for Protest in Neoliberalism. Linking Governmentality Studies and Protest Research / In: Heßdörfer, Florian / Pabst, Andrea / Ullrich, Peter (Hrsg.): Prevent and Tame. Protest Under (Self)Control, Berlin 2010, S. 14–23

Peter Ullrich, Anja Lê

➤ Überwachungskritische Bilder

In: Rothe, Matthias / Schmieder, Falko: Jenseits von Überwachung. Strategien der Kontrolle und ihre Kritik. Philosophische Gespräche 20. Berlin 2010, S. 44–52

Das **DEUTSCHE JUGENDINSTITUT E. V.** ist ein außeruniversitäres sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut. Seine Aufgaben sind anwendungsbezogene Grundlagenforschung über die Lebensverhältnisse von Kindern, Jugendlichen und Familien, Initiierung und wissenschaftliche Begleitung von Modellprojekten der Jugend- und Familienhilfe sowie sozialwissenschaftliche Dienstleistungen. Das Spektrum der Aufgaben liegt im Spannungsfeld von Politik, Praxis, Wissenschaft und Öffentlichkeit.

Das DJI hat dabei eine doppelte Funktion: Wissenstransfer in die soziale Praxis und Politikberatung einerseits, Rückkoppelung von Praxiserfahrungen in den Forschungsprozess andererseits. Träger des 1963 gegründeten Instituts ist ein gemeinnütziger Verein mit Mitgliedern aus Institutionen und Verbänden der Jugendhilfe, der Politik und der Wissenschaft. Der institutionelle Etat wird überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und zu einem kleineren Teil von den Bundesländern finanziert. Im Rahmen der Projektförderung kommen weitere Zuwendungen auch vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sowie u.a. von Stiftungen, der Europäischen Kommission und von Institutionen der Wissenschaftsförderung.

Dem Kuratorium des DJI gehören Vertreter des Bundes, der Länder, des Trägervereins und der wissenschaftlichen Mitarbeiterschaft des DJI an.

Das DJI hat zurzeit folgende Forschungsabteilungen: Kinder und Kinderbetreuung, Jugend und Jugendhilfe, Familie und Familienpolitik, Zentrum für Dauerbeobachtung und Methoden sowie die Forschungsschwerpunkte »Übergänge im Jugendalter«, »Migration, Integration und interethnisches Zusammenleben«, ferner eine Außenstelle in Halle (Saale).

IMPRESSUM

Herausgeber:

Deutsches Jugendinstitut e. V.
Nockherstraße 2, 81541 München
Presserechtlich verantwortlich:
Prof. Dr. Thomas Rauschenbach

Redaktion:

Nicola Holzapfel, Birgit Taffertshofer
Telefon: 089 6 23 06-180, Fax: -265,
E-Mail: holzapfel@dji.de
Vertrieb und Redaktionsassistentin:
Stephanie Vontz
Telefon: 089 6 23 06-311, Fax: -265,
E-Mail: vontz@dji.de

Gestaltung:

FunkE Design, Sandra Ostertag, Julia Kessler,
www.funk-e.de

Druck und Versand:

Pinsker Druck & Medien GmbH, Mainburg

Fotografische Nachweise:

Titelseite, S. 2: Shutterstock,
S. 3: B. Huber, S. 4: Fotolia, S. 4, 7, 12, 18, 20, 26,
28: iStockphoto, S. 9, 15: dpa Picture - Alliance
GmbH, S. 32, 33: privat, S. 31: Renate Bauereiss

ISSN 0930-7842

DJI Impulse erscheint viermal im Jahr. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autorinnen und Autoren wieder. Ein kostenloser Nachdruck ist nach Rücksprache mit der Redaktion sowie unter Quellenangabe und gegen Belegexemplar gestattet.

Die Hefte können kostenlos unter www.dji.de/impulsebestellung.htm abonniert oder bei Stephanie Vontz unter vontz@dji.de schriftlich angefordert werden. Geben Sie bei einer Adressenänderung bitte auch Ihre alte Anschrift an. Die Adressen der Abonnenten sind in einer Adressdatei gespeichert und werden zu Zwecken der Öffentlichkeitsarbeit des DJI verwendet.

Download (pdf) und HTML-Version
unter www.dji.de/impulse



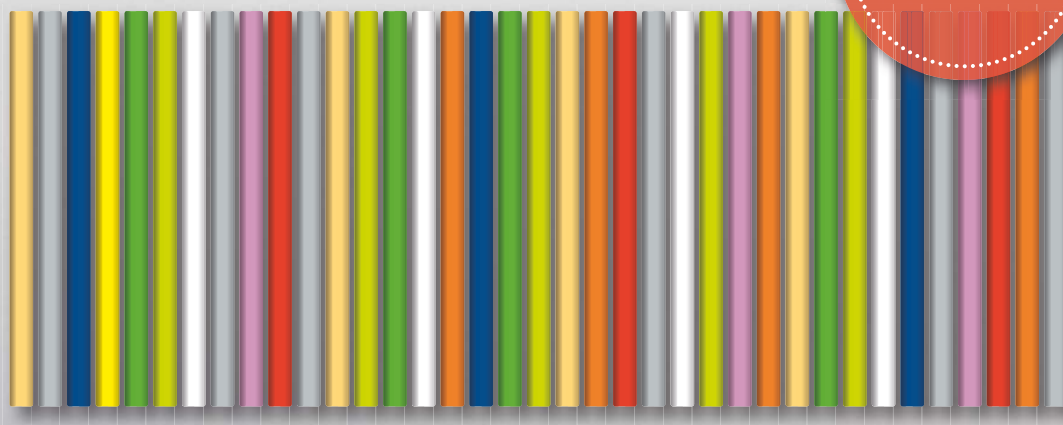


Deutsches
Jugendinstitut

Die Gegenwart erforschen, die Zukunft denken

Forschung über Kinder, Jugendliche und Familien an der Schnittstelle
zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis

Unser
Buchtipp



Heike Großkurth, Nora Gaupp, Tilly Lex, Johannes Kestler

Münchener Haupt-, Wirtschafts- und Förderschüler/innen auf dem Weg von der Schule in die Berufsausbildung

Bericht zur dritten Erhebung der Münchner Schulabsolventenstudie
München / Halle: Deutsches Jugendinstitut 2011 / 126 Seiten

Kostenlos erhältlich bei Eva Schießl, Landeshauptstadt München,
Referat für Bildung und Sport, eva.schiessl@muenchen.de

Der Bericht zur dritten Erhebung der Münchner Schulabsolventenstudie beschreibt die Wege von Münchner Haupt-, Wirtschafts- und Förderschulabsolventinnen und -absolventen ausgehend vom letzten Pflichtschuljahr bis ins zweite Jahr nach der Schule. Im Fokus steht die Frage, welche Wege die Jugendlichen seit der letzten Befragung gegangen sind. Gelingt es mehr Jugendlichen – im Vergleich zum Vorjahr – eine Ausbildung aufzunehmen? Wie stabil sind die Wege eines weiterführenden Schulbesuchs oder einer begonnenen Ausbildung? Was folgt auf berufsvorbereitende Zwischenschritte, die die Jugendlichen ein Jahr zuvor eingeschlagen haben? Wie groß ist der Anteil an Jugendlichen, die unversorgt sind und weder einen Ausbildungsplatz noch einen Arbeitsplatz haben?